Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger / Schwerter Volkszeitung / Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ◆ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ◆ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Welthofener Zeitung / Apierbecker Zeitung / Langscheder Zeitung / Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Nr. 296 | Anzeigen-Preise: Lokale 10 Pf., Auswärtige 12 Pf., Familien-Anzeigen 6 Pf., Reklamen 50 Pf. Finanz-Anzeigen 12 Pf. | Dienstag, den 18. Dezember 1923 | Einzelnummer: 150 Milliarden Papiermark | 56. Jahrgang

Neues in Kürze.

Sitzung des Reichskabinetts.

wtb **Berlin**, 17. Dez. (Tel.) Das Reichskabinett erörterte in seiner heutigen Sitzung die Grundlagen der dritten Steuernotverordnung. Die steuerlichen Vorschläge des Reichsfinanzministers wurden unter Vorbehalt der endgültigen Formulierung grundsätzlich gebilligt. Ueber die Einzelheiten der Aufwertungsfrage wurde ein Beschluß noch nicht gefaßt. Verhandlungen über die Verpflichtung zur Aufstellung von Goldbilanzen und über die Verlängerung von Bilanzfristen wurden genehmigt.

Die Steuernotverordnungen.

bb **Berlin**, 17. Dez. (Privattel.) Der Bezet zufolge wird sich das Reichskabinett heute nachmittag mit der dritten Steuernotverordnung beschäftigen. Sie bezieht sich auf die Aufwertung von Hypotheken und ähnlichen Forderungen. Der beratende Fünfzehnerausschuß des Reichstages befaßte sich mit der zweiten Steuernotverordnung.

Ein 5. Viertel der Einkommensteuer?

bb **Berlin**, 17. Dez. Auf Grund der Steuernotverordnung wird, wie der Pressedienst der Zentrumspartei meldet, am 10. Januar die vierte Vierteljahresrate der Einkommensteuer für 1923 zu zahlen sein. Am 29. Januar soll ein gleich hoher Betrag zur Abgeltung der Entwertung der Steuersumme im Jahre 1923 erhoben werden. Praktisch handelt es sich also um die Erhebung des fünften Viertels der Einkommensteuer.

Die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände

wtb. **Berlin**, 17. Dez. (Tel.) Eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Dezember bestimmt auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung folgendes:

Für die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände vom 25. August 1923 nach dem 25. September 1923 zur Ablieferung kommenden ausländischen Vermögensgegenstände erhält der Ablieferungspflichtige Stücke der 6prozentigen Schatzanweisungen des Reiches von 1923, fällig am 1. Dezember 1923. Soweit der Gegenwert in Stücken der genannten Schatzanweisungen nicht darstellbar ist, findet die Auszahlung in Rentenmark oder in gesetzlichen Zahlungsmitteln statt.

Dr. v. Krause †.

wtb. **Berlin**, 17. Dez. (Tel.) Der frühere Staatssekretär im Reichsjustizamt, der langjährige Vizepräsident des preußischen Abgeordnetenhauses, Wirklicher Geheimrat Dr. Paul von Krause, Ehrenvorsitzender der Deutschen Volkspartei, ist heute vormittag im 72. Lebensjahre gestorben.

Wechsel im belgischen Oberkommando.

wtb. **Paris**, 17. Dez. (Tel.) Nach einer Meldung des Temps aus Brüssel ist anstelle des bisherigen Oberkommandierenden General Rucquoy, der wegen Erreichung der Altersgrenze zurücktritt, Generalleutnant Buroquet, der das 4. Armeekorps im Rheinland befehligt, zum Oberbefehlshaber der belgischen Besatzungstruppen in Aussicht genommen und wird seinen neuen Posten unverweilt antreten.

Verbot der Roten Gewerkschafts-Internationale.

wtb. **Berlin**, 17. Dez. (Tel.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung des Chefs der Heeresleitung, von Seeckt, nach der zu den von ihm durch die Verordnung vom 20. November 1923 verbotenen und aufgelösten Organisationen auch alle Organisationen und Einrichtungen der Roten-Gewerkschafts-Internationale gehören.

Autounfall Clemenceaus.

wtb **Paris**, 17. Dez. (Tel.) Clemenceau wurde gestern infolge Zusammenstoßes seines Autos mit einem anderen Kraftwagen bei Saint-Germain verletzt. Er konnte nach seiner Wohnung zurückkehren. Sein Zustand ist nicht ernst, jedoch mußte der Wagenführer, ernstlich verletzt, nach dem Krankenhause in Saint-Germain gebracht werden.

Der Erdbebenschaden in Tokio.

wtb **Paris**, 17. Dez. (Tel.) Havas berichtet aus Tokio: Der Finanzminister erklärte im Parlament, daß der Gesamtschaden infolge der Erdbebenkatastrophe sich auf 10 Milliarden Yen belaufe. Allein die Verluste der Universität werden mit 43 Millionen Yen angegeben.

Ein politischer Mordprozeß.

wtb **Paris**, 17. Dez. (Tel.) Morgen beginnt vor dem Schwurgericht in Paris der Prozeß gegen die Kommunistin Hermine Berton wegen Tötung des Führers Marcus Plateau in den Redaktionsräumen der Action Francaise. Es handelt sich hier um einen politischen Prozeß, dessen Verhandlungen mehrere Tage in Anspruch nehmen werden.

Wahltag in Griechenland.

wtb. **Athen**, 17. Dez. (Tel.) Nach einer Meldung der Agence d' Athenes verlief der Wahltag in Athen und im ganzen übrigen Griechenland in vollkommener Ruhe und Ordnung. Trotz der Bemühungen der Opposition enthielten sich in Athen kaum 14 Prozent der Wählerschaft der Stimme. In einzelnen Wahlkreisen der Provinz ist der Prozentsatz der Stimmenthaltungen noch geringer. Es steht bereits fest, daß Venizelos beinahe einstimmig gewählt ist.

Dynastische Krise in Griechenland.

wtb. **London**, 17. Dez. Reuter meldet: Eine heute nachmittag 3,20 Uhr aus Athen abgesandte Meldung besagt, es werde angenommen, daß eine dynastische Krise unmittelbar bevorstehe. Die Abreise des **Königs Georg werde für möglich gehalten.**

Für Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens

Gründung einer Goldemissionsbank.

wtb. **London**, 17. Dez. (Tel.) Observer veröffentlicht eine Unterredung, die der deutsche Währungskommissar Dr. Schacht dem Berliner Berichterstatter des Blattes gewährte. Dr. Schacht erklärte: Was wir in Deutschland wollen, ist, die deutsche Industrie auf eine gesunde Goldbasis zu stellen, wieder auf Goldbasis. Dann wird das deutsche Wirtschaftsleben von selbst wieder gesunden. Ein gesundes Wirtschaftsleben bedeutet Goldsteuern. Diese bedeuten ein ausgeglichenes Budget. Ich bin daran, eine neue Goldnotenemissionsbank in Berlin zu schaffen. Diese soll gegründet werden mit Hilfe deutschen und ausländischen Goldes. Auf seiten Deutschlands wird jede Anstrengung unternommen werden, um den notwendigen Betrag zusammenzubekommen, aber ich rechne ebenso auf die Beteiligung des englischen, französischen, holländischen, skandinavischen, amerikanischen und schweizerischen Kapitals. Diese Bank wird den anderen Ländern die Möglichkeit geben, ihr Geld in einer vollkommen gesunden Einrichtung anzulegen. Ich sage vollkommen gesund, weil sie vollkommen unabhängig vom Reich und von der Regierung ist und vollkommen unter der Herrschaft der Goldgeber selbst steht.

Die Gründung einer Goldnotenbank ist meiner Ansicht nach unabhängig von der Reparationsfrage. Diese wird durch privates Kapital finanziert und wird die Goldkredite nur denen geben, die nach ihrer Ansicht Goldkredite verdienen. Man muß unterscheiden zwischen dieser Goldnotenemissionsbank und der schwierigen Frage der deutschen Währung. Die Währung steht in enger Verbindung mit der Reparationsfrage. Sie kann niemals stabilisiert werden, bis es möglich ist, dieses Problem befriedigend zu lösen. Die augenblickliche sogenannte Goldmark und Rentenmark war niemals als ein internationales Zahlungsmittel gedacht. Es ist sogar untersagt, sie auszuführen. Sie dient ihrem Zweck im Inland.

Meine einzige Sorge ist das Rheinland, das außerhalb meines Wirkungskreises liegt. Das Rheinland ist die große Wunde an Deutschlands Seite, die dessen Stärke untergräbt. Dr. Schacht sprach äußerst skeptisch über den Erfolg der Goldnotenemissionsbank in einem kleinen Staat, der wirtschaftlich nicht unabhängig sei. Seiner Ansicht nach würde ein derartiger Staat es für schwierig finden, seine Noten in der weiten Welt zum Nennwert anzubringen.

Der Berichterstatter fragte zum Schluß Dr. Schacht, ob seiner Ansicht nach andere Länder der neuen Bank Goldgeld ohne scharfe Kontrolle geben würden, und wie es sich mit der Ansicht verhielte, die heute in vielen Kreisen vorherrsche, daß nur der Völkerbund diese Kontrolle bieten könne. Dr. Schacht betonte erneut die Tatsache, daß den anderen Ländern der weiteste Spielraum und die weitgehendsten Rechte auf die Kontrolle infolge ihrer Beteiligung an der internationalen Einrichtung haben würde. Wenn sich Deutschland bereit zeige, die Kontrolle des Völkerbundes anzunehmen, so werde es doch darauf bestehen, daß die Vereinigten Staaten ebenso wie England an der Kontrolle teilnähmen.

Der Vorschlag zu Verhandlungen.

wtb. **Berlin**, 17. Dez. (Tel.) Ueber den augenblicklichen Stand der neuen deutsch-französischen und deutsch-belgischen Besprechungen erfahren wir noch folgendes:

Die schriftliche Antwort, die der französische Ministerpräsident dem deutschen Geschäftsträger in Paris in Aussicht gestellt hat, ist zur Stunde in Berlin noch nicht bekannt. Ihr voraussichtlicher Inhalt läßt sich aber im wesentlichen aus der darüber veröffentlichten Havasmeldung vom 16. Dezember entnehmen. Wenn sich die französische Regierung danach vorbehält, über alle Fragen, die ihre Alliierten interessieren, zunächst mit diesen Fühlung zu nehmen, so entspricht das ganz den Ansichten der deutschen Regierung und dem Zweck, den sie mit ihrer neuen Demarche verfolgt hat. Die deutsche Regierung ist nicht nur an die französische und die belgische Regierung herangetreten, sondern hat von dem in Paris und Brüssel gestellten Antrag gleichzeitig die Regierungen in London und Rom benachrichtigt. Sie hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, und hat auch bei dieser Gelegenheit wieder in den Vordergrund gestellt, daß nach ihrer Ansicht die eigentliche Lösung des ganzen Komplexes der jetzt schwebenden Schwierigkeiten nur einheitlich und unter Beteiligung aller interessierten Mächte gefunden werden kann.

Andererseits darf aber nicht verkannt werden, daß neben der Einleitung des Gedankenaustausches über die endgültige Lösung der Reparationsfrage und der Rhein- und Ruhrfrage eine vorläufige Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten erfolgen muß. In dieser Hinsicht bemerkt die Havasmeldung, daß die französische Regierung in der Rhein- und Ruhrfrage an der von ihr verkündeten Auffassung nichts zu ändern vermöge und sich insbesondere nicht bereit finden könne, die französischen und belgischen Besetzungsbehörden im Ruhrgebiet oder die Rheinlandkommission ihrer Kompetenzen zu entkleiden. Dieser Einwand ist nicht ohneweiteres verständlich. Wenn er in der französischen Antwort tatsächlich in dieser Form erwogen werden sollte, so müßte darauf geantwortet werden, daß die Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet doch keine selbständigen internationalen Organe, sondern ausschließlich Exekutivorgane ihrer Regierungen sind. Auch hinsichtlich der Rheinlandkommission ist zu beachten, daß ihre Verfügungen, die den jetzigen unhaltbaren Zustand im Rheinland geschaffen haben, lediglich auf die Weisungen der französischen und belgischen Regierung zurückzuführen und nicht einer selbständigen Initiative der Rheinlandkommission entsprungen sind. Dementsprechend hat sich der französische Ministerpräsident nach der Havasmeldung ja auch bereit erklärt, über einen modus vivendi, auf dessen Herstellung es der deutschen Regierung jetzt im Interesse der besetzten Gebiete zunächst ankommt, mit offiziellen Vertretern der deutschen Regierung zu verhandeln. Obwohl es sich bei diesen Verhandlungen nur um die Herstellung eines bis zur endgültigen Regelung geltenden Provisoriums handeln kann, würde die deutsche Regierung darin doch einen wesentlichen Fortschritt in der Entwirrung der gegenwärtigen Situation sehen.

Was die Bemerkung von Havas betrifft, daß die Haltung Deutschlands in Sachen der Militärkontrolle einen Mangel an Loyalität in der Erfüllung des Vertrages von Versailles sei, so ist dieser Vorwurf nicht gerechtfertigt. Deutschland hat sich gegen die Kontrolle als solche niemals gewehrt, obwohl tatsächlich ein materieller Anlaß für ihre Fortsetzung nicht mehr besteht. Seit der Aufhebung des passiven Widerstandes hat Deutschland auch zwischen französischen Kontrolloffizieren und anderen Mitgliedern der Kontrollkommission nicht mehr grundsätzlich unterschieden. Gerade aber, weil damit auf eine Wiederbeteiligung französischer Offiziere an den Kontrollhandlungen zu rechnen ist, muß mit Rücksicht auf die stimmungsmäßigen Ergebnisse der Ruhrbesetzung vor einer Wiederaufnahme der Kontrolle zurzeit eindringlich gewarnt werden.

Die Antwort ist eingegangen.

wtb. **Berlin**, 17. Dez. (Tel.) Die Antwort des französischen Ministerpräsidenten auf die ihm vom deutschen Geschäftsträger in Paris überreichte Aufzeichnung ist hier eingegangen. Zu der bereits in der vorigen Nummer mitgeteilten Antwort Poincares wird dem WTB. von unterrichteter Seite mitgeteilt:

Die Reichsregierung sieht den Kernpunkt der französischen Antwort darin, daß sich die französische Regierung, wenn auch unter Vorbehalten, jetzt grundsätzlich bereit erklärt, in einen Gedankenaustausch mit der deutschen Regierung einzutreten und insbesondere über eine vorläufige Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten zu verhandeln. Wenn dabei betont wird, daß die französische Regierung eine mittelbare oder unmittelbare Revision der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Rhein- und Ruhrfrage ablehnen müsse, so darf zunächst darauf hingewiesen werden, daß der Versailler Vertrag für das Ruhrgebiet keinerlei Bestimmungen enthält. Was die vertraglichen Bestimmungen über das Rheinland anlangt, so ist von deutscher Seite keineswegs eine Aenderung der Bestimmungen zur Diskussion gestellt worden. Das Ziel der deutschen Regierung besteht im Gegenteil darin, so schnell wie möglich den vertragsmäßigen Zustand im Rheinland wieder herzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es zunächst notwendig, die Verhältnisse in den besetzten Gebieten dadurch erträglich zu gestalten, daß, wie in der Aufzeichnung des deutschen Geschäftsträgers vorgeschlagen, über die Wiederherstellung der deutschen Verwaltung und des Verkehrs mit dem unbesetzten Deutschland verhandelt werde. Die Reichsregierung beabsichtigt, ihre Vorschläge zu diesem Punkt jetzt näher zu präzisieren. Sie hofft, daß die Verhandlungen alsdann fruchtbringend fortgesetzt werden können und zu einem Ergebnis führen, daß zugleich auch für die endgültige Lösung der Rhein- und Ruhrfrage förderlich ist.

Ein Beleidigungsprozeß des Kaisers.

Der Selbstmord des Leutnants von Hanke.

wtb. **Dortmund**, 17. Dez. (Tel.) Wegen Beleidigung des früheren Kaisers Wilhelm II. hatte sich vor dem Schöffengericht der Hauptschriftleiter des Dortmunder Generalanzeigers, von der Heidt, zu verantworten. In einem am 26. Januar im Dortmunder Generalanzeiger erschienenen Aufsatz war ein angeblicher Vorgang auf der Kaiserjacht Hohenzollern aus dem Jahre 1895 dargestellt, wobei dem früheren Kaiser der Vorwurf gemacht wurde, an dem angeblichen Selbstmord des Oberleutnants zur See Graf von Hahnke die Schuld zu tragen. Der frühere Kaiser war bei der Gerichtsverhandlung durch den Justizrat Hahne-Berlin vertreten. Vizeadmiral Graf Platen-Hallermund, der sich zurzeit des behaupteten Vorfalls als Wachtoffizier auf der Hohenzollern befand, bekundete ebenso wie die protokollarisch vernommenen Zeugen von der Hohenzollern, daß Oberleutnant Graf Hahnke mit dem Kaiser bis zum letzten Augenblick im guten Einvernehmen gewesen sei und keinerlei Zusammenstöße mit ihm gehabt habe. Nach dem fraglichen Vormittag habe der Kaiser den Oberleutnant Hahnke noch dadurch ausgezeichnet, daß er durch ihn einem Matrosen die Rettungsmedaille überreichen ließ. Dann habe Graf Hahnke das Schiff verlassen. Zur selben Zeit sei auf der Hohenzollern eine Auswechselung der Rauchzüge erfolgt. Dabei sei dem über das Promenadendeck gehenden Kaiser eine Reepleine in das Gesicht, bezw. in das Auge geschlagen, so daß der Arzt einen Verband anlegen mußte. Am Nachmittag dieses Tages sei Oberleutnant Hahnke mit einem Kameraden auf einen Berg bei Göteborg geradelt; infolge der starken Steigung sei Hahnke unsicher geworden und von dem schmalen Pfade in die See gestürzt. Dafür seien verschiedene Norweger als Augenzeugen vorhanden. Ein Zeuge bekundet, ein früherer Offizier habe von einem Dritten gehört, daß Oberleutnant Graf Hahnke sich selbst den Tod habe geben müssen als Strafe dafür, daß er den Kaiser ins Gesicht geschlagen habe. — Es wurde erklärt, dem früheren Kaiser liege weniger an der Bestrafung des Angeklagten, als an einer Feststellung durch ein deutsches Gericht, daß der behauptete Vorfall erdichtet sei. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 300 Goldmark. Der Schutz des § 193 wurde ihm nicht zugebilligt, weil die Absicht der Beleidigung erkennbar sei.

Das Steuerbündel.

Von unserem Berliner k-Mitarbeiter.

Die amtliche Mitteilung, daß die Gehaltszahlungen an die Beamten und Angestellten für die zweite Dezemberhälfte zunächst nur zur Hälfte geleistet werden können, hat diejenigen, die es noch nicht wußten, darüber aufgeklärt, daß sich das deutsche Reich finanziell am Ende seiner Kraft befindet. Die

Deutsche Wirtschaftszahlen

am 18. Dezember.

[Die Zahlen in Milliarden.]

Großhandel für das Reich am 11. XII.	1274,5
Lebenshalta. „ „ „ am 10. XII.	1239
1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs	1000
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 15. XII.	1000
Goldmarkkurs der Reichsbahn für Personen- und Güterverkehr	1000
Anzeigenschlüssel vom 21. XI. ab	1400
Ankaufspreis f. Reichssilbermünzen ab 17. XII.	400
Steuerermäßigungsmultiplikator in der Woche vom 16. XII.—22. XII.	650000
Goldankaufspreis der Reichsbank für ein Zwanzig-Mark-Stück 19,267,584,000,000 M.	
Fernbrief ab 1. XII.	10 Pfg.
Fernpostkarte ab 1. XII.	5 Pfg.

Amtliche Berliner Devisenkurse.

	15. Dezember		17. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Guld.	1599000	1604000	1599000	1604000
Buenos-Aires.	1337500	1357500	1334850	1343850
Belgien 1 Fr.	193515	194485	192518	193482
Norwegen 1 Kr.	620420	625580	626430	629570
Dänemark 1 Kr.	748125	751875	744135	747865
Schweden 1 Kr.	1105250	1110750	1097250	1102750
Finnland 1 M.	103490	104010	103470	104260
Italien 1 Lire.	183540	184460	181545	182455
England	18374000	18446000	18254000	18345000
New York 1 D.	4189500	4210500	4189500	4210500
Paris 1 Frk.	223445	224555	221445	222555
Schweiz 1 Frk.	732165	735835	730170	733830
Spanien 1 Pes.	550320	553380	548625	551375
Japan	1995000	2005000	1985000	1994975
Rio de Janeiro	379050	380975	391020	392980
Wien 100 Kr.	59850	60150	5985	6015
Prag 1 Kr.	124185	124815	125085	126315
Budapest 1 Kr.	217455	218545	219450	220550
Sofia	29925	30075	30423	30577
Jugoslawien	48378	48622	47381	47619

(Alles in Millionen Mark.)

Der Dollar am 17. XII. 23

Dollarkurs Geld: 4 189 500 000 000
Brief: 4 210 500 000 000

schönen Tage in Aranjuez, wo das Reich früher von der Notenpresse und dann vom Rentenbankkredit leben konnte, sind nun zu Ende. Die letzten Wochen haben in erschreckender Weise gezeigt, wie schnell selbst ein so stattlicher Kredit, wie es die Summe von 1.2 Milliarden Rentenmark darstellt, erschöpft werden kann. Sind doch von diesem Betrag allein 250 Millionen Goldmark an Gehältern und Löhnen für Reichsbeamte und Reichsangestellte, 300 Millionen als Zuschüsse an die Länder und Gemeinden zur Bezahlung der Beamten und Angestellten und 200 Millionen für die Erwerbslosenfürsorge bezw. für Kriegs- und Sozialrentner verbraucht worden. Von dem Rentenmarkkredit stehen somit nur noch einige hundert Millionen Goldmark zur Verfügung. Da aber eine Erhöhung dieses Kredites nicht in Frage kommt, weil ja sonst die jetzt endlich mit Müh' und Not erreichte provisorische Stabilisierung unserer Währung durchbrochen und die Rentenmark das Inflationsschicksal der Papiermark erleiden würde, so gilt es jetzt, mit allen Kräften bis zum Ablauf dieses Kredits den Etat ins Reine zu bringen.

Diesem Zweck dient der Ausgabenabbau auf der einen und das erneute, ungewöhnlich kräftige Anziehen der Steuerschraube auf der anderen Seite, beides Maßnahmen, die freilich reichlich spät kommen. Vor allem wird es darauf ankommen, die im Dezember fälligen Steuern so schnell wie möglich in die Scheuern zu bringen. Es sind das die Nachzahlungen auf die Umsatzsteuer in Gold, die Rhein- und Ruhrabgabe und die Abschlußzahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer für das Jahr 1923. Eine Veranlagung zur Einkommensteuer für das Jahr 1924 wird bekanntlich fürs erste nicht erfolgen, sondern die steuerliche Erfassung wird hier in Gruppen vor sich gehen, und zwar bei der Landwirtschaft als Zuschlag auf die Vermögenssteuer; eine Goldmark pro tausend Mark des Vermögenssteuerwertes pro Vierteljahr. Beim Einkommen aus Handel und Gewerbe erfolgt die Steuerleistung aus den Roheinnahmen abzüglich der Löhne und Gehälter, Steuersatz 2 Prozent. Die freien Berufe haben aus dem Ueberschuß der Einnahmen für die Werbungskosten 10 Prozent, bei Einkommen über 3000 Mark 20 Prozent zu zahlen. Bei den Arbeitnehmern bleibt die Form des Steuerabzugs bestehen, doch wird für alle Einkommen ein Satz von 10 Goldmark wöchentlich freigelassen. Dazu kommen weiter Vermögenssteuer, Kapitalertragssteuer, Erbschaftssteuer (woher auch das Erbe von Eltern und Gatten erfaßt wird) und endlich die verfeinerte Erfassung der Inflationsgewinne.

Was die aus den neuen Steuern erwarteten Erträgnisse betrifft, so gehen die Schätzungen darüber weit auseinander, da feste Grundlagen nicht vorliegen. Nach den Schätzungen im Reichsfinanzministerium erwartet man aus der Umsatzsteuer monatlich 30—40 Millionen Goldmark, aus dem Zuschlag zur Vermögenssteuer, den die Landwirtschaft zahlen soll, etwa 50 Millionen, aus der Lohnsteuer 70—80 Millionen, wobei allerdings die Arbeiterentlassungen, mit denen gerechnet werden muß, einen Strich durch die Rechnung machen könnten, die Vermögenssteuer wird auf etwa 200 Millionen Goldmark pro Jahr ziemlich hoch eingeschätzt, während aus der Kapitalertragssteuer nur geringe Einnahmen erwartet werden. Einigermaßen skeptisch muß man der an sich sehr wünschenswerten Besteuerung der Inflationsgewinne gegenüberstehen. Es wäre gewiß sehr erfreulich, wenn man beispielsweise die 52 Goldmilliarden an Hypotheken und die etwa 10 Goldmilliarden an Obligationen, die durch die Geldentwertung getilgt sind, steuerlich erfassen könnte; aber es darf nicht übersehen werden, daß ein großer Teil dieser Beträge unterdessen durch die Geldentwertung annulliert worden ist.

Vor allem wird es darauf ankommen, daß für eine schnelle und gerechte Veranlagung bei den neuen Steuern gesorgt wird, damit die wirklich steuerkräftigen Elemente erfaßt werden, die von der Geldentwertung doppelt profitierten, nämlich einmal bei ihren Einnahmen und zweitens bei der Steuerzahlung in Papiermark, und damit nicht wie im Jahre 1923 zwei Drittel der Steuerbeträge aus den Kreisen der Gehalts- und Lohnempfänger gezogen werden. Ueber die Notwendigkeit, die Steuerschraube bis zur letzten Windung anzuziehen, kann jedenfalls kein Zweifel bestehen und herrscht bei den leitenden Kreisen wie im Parlament Einmütigkeit; denn der Apell an die Auslandshilfe kann nur dann irgend welchen Erfolg versprechen, wenn vorher auch die letzte einheimische Einnahmequelle angebohrt ist.

Der 15er-Ausschuß über den Steuerabzug.

wtb **Berlin**, 17. Dez. (Tel.) Der 15er-Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute in seiner weiteren Beratung über die zweite Steuernotverordnung u. a. auch mit den Fragen der Steuerzahlung der Festangestellten im Wege des Gehalts- und Lohnabzugs. Im Ausschuß wurde erwogen, ob nicht die Erhebung der Einkommensteuer durch den Steuerabzug dadurch vereinfacht und verbilligt werden könnte, daß die Steuer nicht von dem Gehalts- und Lohnempfänger mit Hilfe der Arbeitgeber eingezogen werde, sondern die Arbeitgeber direkt nach Maßgabe der Zahl ihrer Angestellten und Arbeiter einen entsprechenden Steuerbetrag abführen sollen. Der Ausschuß kam zu der Auffassung, daß ein solches Verfahren zu empfehlen sei. Vorläufig ist dies jedoch als eine Anregung des Ausschusses aufzufassen und es dürfte unmöglich sein, diese Frage im Rahmen der jetzigen Notverordnungen sofort zu einer praktischen Lösung zu bringen. Dazu wären vielmehr umfangreiche technische Vorberatungen und Vorbereitungen erforderlich, so daß die Ausführung dieses Gedankens auf eine spätere Zeit verschoben werden müßte, zumal auch grundsätzliche, bedeutende Einwendungen gegen diesen Gedanken im Volke bestehen könnten.

Preußischer Landtag.

289. Sitzung.

NDZ. **Berlin**, 17. Dez. (Tel.) Präsident Leinert eröffnete die Sitzung mit einem von den Abgeordneten stehend angehörten Nachruf für den verstorbenen Abg. Dr. von Krause (D. Vp.)

Abg. **Herold** (Zentr.) als Senior des Landtages beglückwünscht dann im Namen des Hauses den Präsidenten Leinert zu seinem 50. Geburtstage.

Die Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für die oberen Jahrgänge der Volksschule werden an den Unterrichtsausschuß zurückverwiesen. Bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über die Verleihung von Steinkohlenfeldern an den Staat beantragte der Abg. Sobottka (Komm.) die Beratung kommunistischer Anträge zur Erwerbslosenfürsorge und gegen die Massenverhaftung kommunistischer Erwerbslosen. Die Beratung dieser Anträge wird abgelehnt. Die Vorlage wird angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Verleihung von Braunkohlenfeldern an den Staat wurde gleichfalls angenommen.

Der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum **Reichsheimstättengesetz** wurde nach Ablehnung eines deutschnationalen Abänderungsantrages in der Ausschußfassung angenommen, ferner ein Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur beschleunigten Kultivierung privater Heide- und Moorländereien durch den Staat.

Die am Samstag durch Beschlußunfähigkeit vereitelte namentliche **Schlußabstimmung über das Gemeindewahlgesetz** wurde um ½6 Uhr wiederholt. Die Deutschnationalen und Kommunisten beteiligten sich nicht daran. Die Abstimmung ergab 178 für und 38 Stimmen gegen das Gesetz. Damit ist die Vorlage angenommen, die bestimmt, daß die **Neuwahl der Gemeindevertretungen bis zum 4. Mai 1924 stattfinden muß.**

In der Fortsetzung der politischen Aussprache wandte sich der Abg. **Meyer-Ostpreußen** (Komm.) gegen die letzte Rede des Ministers des Inneren Severing.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wurde angenommen.

Nach Erledigung einer großen Anzahl von Eingaben und Berichten ging das Haus in die Weihnachtsferien und vertagte sich auf den 22. Januar 1924 nachmittags 3 Uhr.

Der Präsident erhielt die Ermächtigung, den Landtag erforderlichenfalls früher einzuberufen. — Schluß gegen 8½ Uhr.

Der Düsseldorfer Schupoprozeß.

wtb **Düsseldorf**, 17. Dez. (Tel.) Die Verhandlungen gegen die Angehörigen der Schutzpolizei in Düsseldorf aus Anlaß der Vorgänge bei den Kundgebungen der Separatisten am 30. September haben heute im großen Saale des Ständehauses begonnen. Angeklagt sind im ganzen 40 Personen, von denen die meisten im französischen Gefängnis in Derendorf sitzen. Die Anklage richtet sich gegen den ausgewiesenen Regierungspräsidenten Dr. Grützner, neun Offiziere der Schutzpolizei, Major Engel, die Hauptleute Winkelmann, Paßlack, Boger, die Oberleutnants Pohl, Bodenstein u. Hübner, Leutnant Vogts, sowie gegen 24 Polizeibeamte. Mitangeklagt sind ferner drei Angehörige der städtischen Polizei und Polizeiinspektor Höfner, Polizeimajor Ener, Schutzmann Krieg, der Stadtsekretär Neukirchen, der Artist Königs und Schlosser Engel.

Nach Feststellung der Personalien werden die Zeugen aufgerufen. Es sind über 60 Zeugen geladen, von denen acht nicht erschienen sind. Unter den von den Verteidigern geladenen Zeugen seien besonders erwähnt der Separatistenführer Matthes, der auch anwesend ist, sowie der Kölner Korrespondent des Leipziger Tageblatts, Dr. Krüger. Nachdem die Zeugen den Saal verlassen haben, herrscht darin fast völlige Leere. Auf den Tribünen befinden sich etwa 75 Personen als Zuhörer. Die Presse ist nicht stark vertreten. Die Zeugenvernehmung wird voraussichtlich morgen nachmittag 5 Uhr beginnen. Der Gerichtsschreiber verliest dann die Anklageschrift. Die sehr umfangreiche Anklageschrift behauptet, daß die Zusammenstöße am 30. September nur auf das Verhalten der Schutzpolizei zurückzuführen war, daß die demonstrierenden Separatisten sich völlig ruhig verhalten hätten und erst durch das Erscheinen von zwei Polizeibeamten, die sich von der Kaserne in der Mühlenstraße nach dem Cornelius-Platz begeben und dabei die Demonstranten durch ihr Auftreten gereizt hätten, beunruhigt worden seien. Die Festnahme dieser beiden Polizisten sei in völlig übertriebener Weise, verbunden mit falschen Gerüchten über die aggressiven Absichten der Demonstranten, in den Quartier der Schupo verbreitet und dadurch das Signal zum Losschlagen gegeben worden. Damit hätten sämtliche Beteiligte sich gegen die Befehle der Besatzungsarmee vergangen, wonach ausdrücklich ein Ausrücken der Schupo an diesem Tage von der Erlaubnis des städtischen Polizeidirektors Dr. Haas abhängig gemacht worden sei. Dieser sei überhaupt nicht gefragt worden. Bei den darauf sich am Hindenburgwall abspielenden Kämpfen hätten eine Anzahl von Schutzpolizeiangehörigen absichtlich in die Menge hineingeschossen und dadurch verschiedene Personen getötet. Außerdem war bei dem Transport und bei der Vernehmung der von der Schutzpolizei gemachten Gefangenen Mißhandlungen vorgefallen. Es seien ferner bei den später angestellten politischen Ermittlungen wissentlich falsche Aussagen über die Beteiligung der französischen Soldaten an den Vorgängen gemacht worden. Es ist daher auf Grund des französischen Strafgesetzbuches und der Verordnung der Besatzungsbehörde Anklage erhoben worden, und zwar gegen den ausgewiesenen Regierungspräsidenten Dr. Grützner wegen Beihilfe zum Totschlag, da er durch einen Brief an die Stadtverwaltung Düsseldorf die Unterdrückung der Manifestanten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln anordnete und dadurch vorsätzlich die Tötung einer Anzahl von Menschen verursacht habe. Wegen Beihilfe zum Totschlag sind ferner angeklagt Polizeileutnant Bayer, Oberleutnant Bodenstein; wegen vollendeten Totschlags die Leutnants Paßlack, Scheffer, die Oberleutnants Pohl und Hübner und die Schutzpolizeibeamten Willecke, Hähnel, Bruns, Becker, Allmacher, Hartmann, Kettler, Huhne, Schünemann, Schabacker, Richter und Berger. Die übrigen Angeklagten sind wegen Mißhandlung von Gefangenen bezw. Störung der öffentlichen Ordnung und wissentlich falscher Anschuldigung angeklagt.

Nach Verlesung der Anklageschrift, die rund dreiviertel Stunden dauerte, trat eine kurze Pause ein, nach der die Vernehmung der Angeklagten beginnt. Die Verteidigung bestritt die Zuständigkeit des französischen Kriegsgerichts, wobei Rechtsanwalt Dr. Bräutigam ausführte, es handle sich bei dem Gebiet, auf dem die französische Besatzungsarmee weile, nicht um feindliches Gebiet, und die Besetzung Düsseldorfs sei seinerzeit als Sanktion erfolgt. Zudem seien die Vorgänge am 30. September anläßlich der Kundgebung der Separatisten in Düsseldorf und der Angriff der deutschen Schupo eine rein deutsche Angelegenheit. Es handle sich also keinesfalls um einen beabsichtigten Angriff gegen Mitglieder der französischen Besatzungsarmee, und wenn wirklich die angeklagten Polizeioffiziere einen Befehl des Dr. Haas, dem die Polizei unterstellt war, nicht befolgt hätten, so handle es sich hier nicht um einen von der Besatzungsarmee gegebenen Befehl, sondern um den Befehl eines deutschen Vorgesetzten, also um eine rein deutsche Disziplinarangelegenheit. Wenn bei den Vorgängen in der Menge befindliche französische Personen verletzt worden seien, so sei das durch reinen Zufall, durch verirrte Kugeln geschehen, keinesfalls aber von den Schupobeamten beabsichtigt worden. Den Schupobeamten war bekannt, daß am 30. September sämtliche französischen Truppen konsigniert waren, so daß die Schupobeamten gar nicht auf den Gedanken hätten kommen können, daß sich französische Militärpersonen unter der Menge befanden. Wenn also in der Anklage von absichtlichem Angriff gegen Mitglieder der Besatzungsarmee gesprochen werde, so sei das unzutreffend. Habe es sich aber vielleicht um ein französisches Interesse gehandelt? Und welches? Vielleicht um die Separatisten zu schützen? Das könne doch wohl nicht der Fall sein. Die französische Besatzungsarmee habe bei der Besetzung Düsseldorfs ausdrücklich die deutsche Gerichtsbarkeit bestehen lassen. Das deutsche Volk erwarte von dem Gerichtshof, daß im Namen des französischen Volkes spreche, die Antwort, ob seine Souveränität, in dessen Namen die deutsche Gerichtsbarkeit spreche, hier noch weiter bestehe.

Der Gerichtshof behielt sich seine Entscheidung über den Antrag der Verteidiger vor.

Kurz nach 12 Uhr wurde die Sitzung geschlossen, die um 2,30 Uhr wieder beginnen soll.

In der Nachmittagssitzung wurde zunächst weiter die Frage der Zuständigkeit des französischen Gerichts erörtert. Nach kurzer Beratung erklärte sich der Gerichtshof für zuständig.

Um 3,30 Uhr begann die Vernehmung der Angeklagten. — Bei der Vernehmung des Polizeimajors Engels, dem die grüne Polizei unterstellt, weist dieser u. a. darauf hin, daß anläßlich der separatistischen Kundgebungen die grüne Polizei möglichst zurückgehalten werden mußte, da einige Tage vorher zwei Beamte der grünen Polizei in Düsseldorf-Bilk von Separatisten erschossen worden waren. Er bestreitet, einen Befehl an die grüne Polizei zum Eingreifen gegeben zu haben. Engels führte weiter aus, er habe gesehen, daß von mehreren Polizeibeamten das Einschlagen auf die abgeführten Gefangenen seitens Zivilpersonen verhindert wurde.

Nach einer kurzen Pause wurde Hauptmann Winkelmann von der grünen Polizei vernommen. — Um 7 Uhr wurde die Verhandlung auf morgen vormittag ½9 Uhr vertagt.

Rhein und Ruhr.

Die evang. Geistlichkeit bei der Rheinlandkommission.

wtb **Berlin**, 17. Dez. (Tel.) Der Generalsuperintendent der Rheinprovinz Dr. Klingemann, der Präsident des Evangel. Konsistoriums, Frhr. v. d. Goltz, und der Präsident der Rheinischen Provinzialsynode, Dr. Wolff, wurden am 12. ds. Mts. bei der Interalliierten Rheinlandkommission und am 14. ds. Mts. bei dem kommandierenden General Degoutte wegen Freilassung der politischen Gefangenen, der Zurücknahme der Ausweisungen und der Freigabe der beschlagnahmten Pfarr- und Gemeindehäuser vorstellig. Der Empfang, der den Vertretern der evangelischen Kirche der Rheinprovinz zuteil wurde, läßt der Hoffnung Raum, daß die Erfüllung der vorgetragenen Wünsche in wohlwollende Erwägung gezogen wird.

Protestkundgebung in Ludwigshafen.

wtb **Ludwigshafen**, 17. Dez. (Tel.) Zum Protest gegen die Willkürherrschaft der Separatisten bewegte sich heute nachmittag gegen 4 Uhr ein großer Demonstrationszug durch die Hauptstraßen der Stadt. Der Zug nahm seinen Anfang bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik. Die Menschenmenge war unübersehbar; besonders waren die Arbeiter in dem Zuge stark vertreten. Auch katholische Geistliche nahmen an der Kundgebung teil. Den an der Ecke der Kaiser Wilhelm- und Ludwigstraße schußbereit aufgestellten Separatisten schleuderte die Menge Pfuirufe entgegen. Das separatistische Bezirksamt war von den Franzosen abgesperrt, ebenso ein Teil der Kaiser-Wilhelm- und Bismarckstraße. Die Fabriken hatten den Betrieb eingestellt, die Läden waren geschlossen. Bis 5 Uhr ist es zu Unruhen nicht gekommen.

Verminderung der belgischen Besatzung.

wtb **London**, 17. Dez. (Tel.) Dem Brüsseler Berichterstatter zufolge soll das belgische Kontingent im Ruhrgebiet unverzüglich vermindert werden. Die Kontrolle des besetzten Gebietes auf dem rechten Rheinufer werde einem einzigen Befehl unterstellt mit dem Hauptquartier in Duisburg. Die belgische Regierung prüfe die deutschen Vorschläge in wohlwollendem Geiste und werde versuchen, so zu handeln, daß die Tür für Verhandlungen offen bleibe.

Arbeitsfragen.

Der Görlitzer Angestelltenstreik beendet.

wtb. **Görlitz**, 17. Dez. (Tel.) Der Streik der Angestellten des Handels und der gemischtgewerblichen Industrie wurde nach eintägiger Dauer beendet. Die wesentlichsten Forderungen der Angestellten wurden erfüllt.

Das Arbeitszeitabkommen.

* **Essen** (Ruhr), 17. Dez. In der gestrigen Bezirksbelegierten-Versammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes wurde das Arbeitszeitabkommen für den Bereich der nordwestlichen Gruppe unter Würdigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der Notlage der Arbeiterschaft angenommen.

Die Ernährungslage.

Graf Kanitz über die Ernährung des deutschen Volkes.

In einer Unterredung über die deutsche Ernährungslage mit dem Berliner Vertreter der Hearstpreß, Karl von Wiegand, betonte Reichsernährungsminister Graf Kanitz zunächst, daß auch in der Vorkriegszeit eine beträchtliche Einfuhr stattfand. Die gegenwärtigen Einfuhrschwierigkeiten traten mit der rückläufigen Entwicklung der deutschen Wirtschaft und Finanzen in der Nachkriegszeit und vor allem seit der schweren Schädigung durch den Ruhreinbruch und den rigorosen Maßnahmen der französischen Regierung, die zu der Währungskatastrophe führten, ein. Auf Wiegands Frage, ob die im Ausland verbreiteten Nachrichten, daß der Egoismus der deutschen Landwirtschaft wesentlich die Schwierigkeiten der Ernährung verschulde, richtig seien, erwiderte der Minister: Von einigen wenigen Ausnahmefällen abgesehen, hat sich die Landwirtschaft um die Ernährung der deutschen Bevölkerung große Verdienste erworben. Während der Getreidezwangswirtschaft erhielt sie für das Getreide Preise, die weit hinter dem Weltmarktpreise standen. Neben diesen behördlich festgesetzten, nicht freiwilligen Leistungen übe die Landwirtschaft durch unentgeltliche Hergabe von Lebensmitteln an bedürftige Kreise charitative Tätigkeitt in großem Umfange aus. Außerdem folgten die landwirtschaftlichen Hauptprodukte allgemein der Tendenz, daß die Preise über den Weltmarktpreis hinausgehen, nicht. Die Getreidepreise liegen jetzt sogar zum Teil erheblich unter der Höhe der Vorkriegszeit. Das Gerücht, die deutsche Landwirtschaft hielte mit ihren Produkten zurück und nehme Wucherpreise, muß als eine böswillige Erfindung bezeichnet werden. Kartoffeln wurden im Herbst durchweg zu Preisen abgegeben, die meistens weit hinter den Vorkriegspreisen zurückblieben. Schwierigkeiten machte lediglich die Form der Bezahlung, da nicht genügende wertbeständige Zahlungsmittel vorhanden waren. Dieser Zustand ist, wie wir hoffen dürfen, nun mit der Einführung der Rentenmark überwunden. **Aber all das hilft über die Tatsache nicht hinweg, daß die Landwirtschaft nicht genügend** Ware hat, um die deutsche **Ernährung** sicherzustellen und vor allem nicht genügend **Getreide** und Fett. Der Zuschuß an Getreide, der notwendig sein wird, ist wie in den Vorjahren etwa auf 1½ Millionen Tonnen zu errechnen. Die Zufuhr an Fett ist ebenso dringlich. Die letzte Viehzählung vom 1. Dezember 1922 ergab einen Schweinebestand von 14,6 Millionen Stück gegen 22,3 Millionen Stück 1913, ein Rückgang von einem Drittel. Dazu tritt noch ein Rückgang an Durchschnittsgewicht. Bei den Rindern betrug die zahlenmäßige Abnahme fast zwei Millionen Stück. Das Durchschnittsgewicht der Rinder ging von 250 Kilogramm im Jahre 1913 auf 213 Kilogramm im Jahre 1922 zurück.

Die Armut an Fett und Fleisch, und die Unmöglichkeit, mit den eigenen Erzeugnissen selbst auszukommen, ist gegenwärtig viel größer als vor dem Kriege. Die Einfuhr dieser Fehlmengen ist unbedingtes Gebot. Sie ist aber nur möglich bei Gewährung von Krediten. Man sagte wohl im Auslande, daß die Kredite nicht so dringend seien, weil erst die deutsche Ernte aufgezehrt werden könne. Wäre aber die Ernte zum Ende des Winters vollständig aufgezehrt, so würde eine Stockung in der Einfuhr irgendwelcher Art sofort zu katastrophalen Folgen führen müssen. Auch hier gilt das alte Wort: Wer schnell gibt, gibt doppelt. Das Volk, dem es gelingt, die notwendige Einfuhr nach Deutschland sicherzustellen, was nichts anderes bedeutet, als die nötigen Kredite zu verschaffen oder zu gewähren, wird sich darum ein Verdienst erwerben sowohl für die politische und wirtschaftliche Beruhigung der ganzen Welt als auch für die Erhaltung von Millionen Menschen, die heute schon den schwersten Entbehrungen ausgesetzt sind und berechtigterweise mit den schlimmsten Befürchtungen den Wintermonaten entgegensehen.

Aus Nah u. Fern.

Großfeuer in einer Zuckerfabrik.

wtb. **Magdeburg**, 17. Dez. (Tel.) In der Zuckerraffinerie Tangermünde, der größten Anlage dieser Art auf dem europäischen Festlande, brach heute morgen ¼3 Uhr Großfeuer aus. Die Ursache ist bisher noch nicht festgestellt. Durch die sich schnell ausbreitenden Flammen wurde der Bau B, der alte Teil der Fabrik, vernichtet. Auch das Kistenlager wurde von den Flammen erfaßt. Das Kesselhaus konnte gehalten werden. Da von dem brennenden Gebäude kaum noch etwas zu retten war, mußten sich, wie die Magd. Ztg. meldet, die Feuerwehren, die aus Stendal, Salzwedel, Tangermünde und Magdeburg erschienen waren, darauf beschränken, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhüten.

Der gepfändete Schauspieler.

bb **Berlin**, 15. Dez. Das B. T. meldet: Als Eugen Klöpfer gestern abend einen Zug besteigen wollte, um sich, einer Filmverpflichtung folgend, nach Italien zu begeben, wurde er von einem Vollzugsbeamten in Empfang genommen, der ihn verhaftete, ins Lessingtheater brachte und ihn also zwang, als alter Kramer den allabendlichen Erfolg einzuheimsen. Klöpfer, der in seinen eigenen Engagements nicht so genau Bescheid weiß, hatte von vornherein erklärt, jeglicher Gewalt zu folgen. Da die Filmgesellschaft natürlich auch einen Rechtstitel hat, andererseits eine gewaltsame Entführung des Künstlers nach Italien kaum durchsetzen wird, soll sie — wie man hört — zu einem anderen Mittel gegriffen haben. Besteht nämlich das Filmengagement zu Recht, so ist Klöpfer verpflichtet, vom Engagementsbeginn an, nur noch stumme Rollen zu spielen. Die Filmgesellschaft will nun durch eine einstweilige Verfügung erreichen, daß Klöpfers Mund — vom Gerichtsvollzieher versiegelt wird. Daß durch eine solche Prozedur der Künstler innerhalb weniger Stunden in die Gefahr des Verdurstens käme scheinen die Beteiligten nicht entsprechend in Berücksichtigung gezogen zu haben. Wie das Lessingtheater dazu mitteilt, wird Klöpfer Urlaub erhalten.

Hochstapeleien mit falschen Devisen.

bb **Berlin**, 16. Dez. Eine reiche Beute hatte eine weitverzweigte Schwindlerbande gemacht, deren Haupt in der Person des Geschäftsführers Willi Heftenkamp gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II wegen fortgesetzten Betruges und Urkundenfälschung zur Verantwortung gezogen wurde. Mitangeklagt waren der Kaufmann Erich Trentsch und der Cafetier Blöse. Der bereits mit Zuchthaus vorbestrafte Heftenkamp, der in Verbrecherkreisen und bei der Kriminalpolizei unter dem Namen „Petzwilli" wohlbekannt ist, hatte eine Bande gebildet, die jahrelang zahlreiche Personen aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten, vornehmlich höheren Beamten, ehemaligen Offizieren und alleinstehenden Damen, ihre Wertgegenstände auf die raffinierteste Art abgeschwindelt hatte. Aus Anzeigen in den Tageszeitungen wurden die Adressen von Leuten festgestellt, die durch die Not der Zeit sich gezwungen sahen, sich von ihren Besitztümern zu trennen. Der mit außerordentlicher Eleganz auftretende Heftenkamp fuhr im Automobil vor der Wohnung der Verkaufslustigen vor. Er trat als Alexander v. Bentheim, Monsieur Borten aus Paris oder Mr. Smith aus London, zuzeit im Hotel Esplanade auf und hatte stets in seiner Begleitung einen Dolmetscher oder Sekretär. Der vornehme Käufer handelte nicht lange, sondern zahlte die höchsten Preise in „effektiven Devisen". Leider mußten die Verkäufer hinterher zu ihrem Schreck feststellen, daß ihre Freude über den günstigen Verkauf verfrüht war, denn die ausländischen Zahlungsmittel, die sie erhalten hatten, waren wertlose französische Assignaten aus der Revolutionszeit oder außer Kurs gesetzte Dollars. — Aus der Vernehmung der in großer Zahl aufmarschierenden Zeugen ergab sich, daß Heftenkamp mit seinen Gehilfen in 49 Fällen Herren- und Damenpelze aus Persianer, Seal, Nerz, Biber und anderen wertvollen Fellen, und über ein Dutzend goldene Uhren und Ketten auf diese Weise abgeschwindelt hatten. Das Gericht verurteilte Heftenkamp zu vier Jahren Zuchthaus, unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft. Die beiden Mitangeklagten wurden mangels Beweises freigesprochen.

Raubanschlag auf einen Zug.

wtb **Beuthen**, 17. Dez. (Tel.) Am Samstag versuchten Banditen auf der Strecke Kandrzin—Oderberg bei Kilometer 14,3 zwischen den Stationen Dziergowitz und Ratiborhammer eine Zugentgleisung herbeizuführen anscheinend zu dem Zwecke, um ihn zu berauben. Sie lösten von dem Schienenstrang die Laschen sowie die Hakenschrauben und legten unter die Schienen einige Klemmplatten, so daß die Schienen hochstanden. Ein vorbeifahrender Lokomotivführer meldete Gleisstörung. Die auf einer Lokomotive zum Tatort entsandten Beamten setzten Polizeihunde auf die Spur der Täter, die diese bis Solarnia verfolgten. Die nachfolgenden Züge wurden umgeleitet.

Abonniert die „Schwerter Zeitung"!

Zum Geleit.

Wer in Unglück fällt verliert sich leicht aus der Erinnerung der Menschen. (Schiller.)

* * *

Erinnerungen.

1705 Eröffnung der Wiener Kunst-Akademie.
1803 Der Derichter Joh. Gottfried Herder gest.
1822 Belgien erklärt sich unabhängig.
1841 Der Bildhauer H. von Dannecker gestorben.

Aus Stadt und Umgebung.

Schwerte, den 18. Dezember 1923.

Was unsere Kinder sich wünschen.

Es gibt eine Zeit, wo unsere zwei- und dreijährigen Herzblättchen mit wichtiger Miene, den Bleistift in der Hand, geleitet von Mütterchens Fingern, den ersten Christkindelbrief in seltsamen Hieroglyphen auf ein Blatt Papier malen und mit süßem Lallen die Erklärung geben, was sie alles wünschen. Da soll ein Hampelmann, ein Bählamm, ein Püppchen, ein Bilderbuch vom lieben Weihnachtsmann gebracht werden, da liegt im Besitz von „Oklade" die Erfüllung alles Sehnens. Dann kommt die Zeit, wo selbständige Schreibversuche mit viel gutem Willen und wenig Gelingen das Christkind von allen Wünschen in Kenntnis setzen, wo Peitschen, Kreisel, Puppenwiege und Puppe mit wirklichem Haar, Pferdchen und Kaufladen erbeten werden. Wenn die Schule begonnen und die ersten Stufen zur Gelehrsamkeit erstiegen sind, folgen Bücherwünsche, der neue Federkasten, Hefte, Gesellschaftsspiele, Handwerks- und Baukasten. — Achtet auf den Wunschzettel Eurer Kinder, ihr Mütter, in ihnen spiegelt sich getreu ihr Charakter derselben; gebt ihnen, aber gebt mit Maß. Unterstützt nicht den Hang zu eitler Tändelei und Putzsucht, aber unterdrückt auch nicht Regungen, in denen vielleicht der Grund zum künftigen Beruf liegt. Bedenkt des Dichters tiefsinniges Wort: Es liegt ein tiefer Sinn im kind'schen Spiel! Marie L.

*

+ **Religiös-wissenschaftlicher Vortrag.** In der katholischen Kirche sprach gestern abend vor einem zahlreichen Zuhörerkreise der Jesuitenpater Schmitz aus Düsseldorf über das Thema „Kommunismus und Urchristentum". In geistvoller, dabei doch leicht verständiger und ungemein fesselnder Weise widerlegte er die Einwände von gegnerischer Seite, welche Christus nicht als Weltheiland, als Stifter der christlichen Religion, sondern als revolutionären Wirtschaftsreformer anerkennen wollen und mit dem Schlagwort „Christus sei der erste Kommunist" hausieren gingen, und zog dann eine scharfe Parallele zwischen dem Kommunismus, der Gemeinsamkeits-Idee, der ersten Christen und dem Kommunismus unserer heutigen Zeit. Der Redner schloß seine tiefschürfenden Ausführungen, die ersichtlichen Eindruck auf seine Hörer machten, mit dem dringenden Appell, die Nächstenliebe, besonders in diesen Tagen vor dem Fest der Liebe wieder recht lebendig und tatkräftig werden zu lassen.

—* **Personalien.** Frl. Nolte aus Werle hat an der katholischen Schule hier vertretungsweise Dienst übernommen.

+ **Ermittelte Banknotenfälscher.** Zu der bereits gestern gebrachten Notiz über die Verhaftungen von Falschmünzern können wir heute noch mitteilen, daß die Verhafteten, drei an der Zahl, von hier sind. Es handelt sich um den Maler Buhle von Holzen, früher hier in der Haselackstraße wohnhaft, den Schlosser Spieth von der Bahnhofstraße und einen gewissen Flunkert aus Hörde. Letzterer hat in der Hauptsache das in Schwerte hergestellte Falschgeld in den Verkehr gebracht. Eine weitere Person wurde unter dem Verdacht der Mittäterschaft verhaftet.

+ **Gefaßte Posträuber.** Seit Anfang September wurden die Postwagen, die in Unna planmäßig umgeladen wurden, beraubt. In der Nacht zum Sonntag ist es nun gelungen, die frechen Räuber bei der Arbeit zu überraschen. Es handelt sich um eine größere Bande, zu der auch der Graveur Heierhoff und sein Schwager Focke aus der Fleitmannstraße gehören. Diese beiden wurden nach hier gebracht und ins Gerichtsgefängnis eingeliefert. Bei der Haussuchung in der Wohnung beider wurde ein ganzes Warenlager gestohlener Gegenstände vorgefunden, welches beschlagnahmt wurde.

+ **Ein frecher Diebstahl** wurde in der Nacht zum Sonntag bei dem Spediteur Werth ausgeführt. Dort wurde ein auf dem Hofe stehender Möbelwagen erbrochen und eine große Anzahl Pakete und Waren aller Art, die W. zur Aufbewahrung übergeben waren, gestohlen. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

—* **Ein gefährlicher Weg.** Vorige Woche, abends gegen 11 Uhr, beging der Kuhschweizer C. Werner in Ergste verbotswidrig die Ruhrbrücke der Strecke Ergste-Schwerte. Hierbei wurde er von der Lokomotive des Personenzuges 895 angefahren und in die Tiefe geschleudert, wobei er schwer verletzt wurde. Der Personenzug hielt an und nahm den Verletzten mit nach Schwerte, von wo er in das katholische Krankenhaus gebracht wurde.

—* **Wieder Einreisemöglichkeit nach der Schweiz.** Wie wir von der Schweizer Paßstelle erfahren, werden von jetzt ab wieder Einreisegenehmigungen unter besonderen Bedingungen erteilt. Bei Einreisen zu Kurzwecken und zur Ausübung des Sports werden einwandfreie Fremdenvisa erteilt, sobald feststeht, daß es sich bei der Einreise nicht um eine Uebersiedlung oder einen Stellenantritt handelt.

—* **Der Umsatzsteuer-Umrechnungssatz** nach Paragraph 2, Absatz 3 der Steuernotverordnung vom 7. Dezember 1923 für die Umsätze des Monats November 1923 beträgt 500 Milliarden.

—* **Dreihundert neue Postwertzeichen** hat die deutsche Reichspost uns in den letzten fünf Jahren beschert. Kaum waren neue erschienen, dann machte die unaufhaltsame Geldentwertung wieder noch neuere nötig. So hat man heute nicht weniger als 224 Marken für private Postsendungen und 76 Dienstmarkenmuster.

—* **Der Aufruf des wertbeständigen Notgeldes hinausgeschoben.** Die Reichsregierung hat durch eine Verordnung den Termin für den Aufruf des wertbeständigen Notgeldes, der ursprünglich für den 15. Dezember vorgesehen war, hinausgeschoben und die Bestimmung des Aufrufbeginns dem Reichsfinanzminister überlassen. Die Einlösung der Notgeldscheine kann erst nach dem vom Reichsfinanzminister bestimmten Termin verlangt werden. Dies gilt auch dann, wenn auf den Notgeldscheinen ein früherer Einlösungstermin zugesichert ist. Der Aufruf des wertbeständigen Notgeldes ist deshalb hinausgeschoben worden, weil der Zahlungsmittelverkehr in landwirtschaftlichen und industriellen Gegenden auf das wertbeständige Notgeld als Zusatz zu den sonstigen Zahlungsmitteln nicht verzichten kann, solange die Rentenmark nicht in der vorgesehenen Höhe in den Verkehr gebracht ist. Hinzu kommt, daß für die nächsten Tage der Aufruf des Papiernotgeldes im besetzten Gebiet mit Ausnahme des von der Eisenbahn ausgegebenen Notgeldes vorgesehen ist und daß erfahrungsgemäß während des Weihnachtsverkehrs und zum Jahreswechsel von jeher eine starke Verknappung der Zahlungsmittel eintritt. Der Verkehr könnte eine weitere Verknappung durch Herausziehen des wertbeständigen Notgeldes nicht vertragen. Der Beginn des Aufrufs des wertbeständigen Notgeldes ist für den 15. Januar in Aussicht genommen.

—* **Handwerker, beachtet den Ablauf der Verjährungsfristen!** Alle Handwerker werden in Anbetracht des bevorstehenden Jahresschlusses gut tun sofort ihre Bücher daraufhin durchzusehen, welche Posten mit Ende dieses Jahres verjähren und alsbald die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sich von Schaden zu bewahren. Am 31. Dezember 1923 verjähren alle Ansprüche des täglichen Lebens, die seit dem Jahre 1921 geschuldet werden. Ferner verjähren am gleichen Tage alle Ansprüche, die als Schulden für den Geschäfts- und Gewerbebetrieb des Schuldners oder für Zinsen oder wiederkehrende Leistungen im Jahre 1919 entstanden sind. Die Verjährung wird aufgeschoben durch Anerkennung der Schuld vermittels Abschlagszahlung, Zinszahlung, Sicherheitsleistung und dergleichen. Wohl zu beachten ist dabei, daß Mahnung allein nicht genügt. Wer nicht auf gütlichem Wege eine Anerkennung der verjährenden Schuld erreichen kann, muß unverzüglich einen Zahlungsbefehl beim Amtsgericht erwirken, der die Verjährung unterbricht, sofern der Antrag auf Erlaß eines Zahlungsbefehls spätestens am 31. Dezember beim Gericht eingelaufen ist. — Besonders zu beachten, wer Goldmark-Guthaben hat.

Weihnachts-Geschenke!

Divan 70 und 80 Goldmark
Polstersofa v. 120,— Mk. an
Kolonialmöbel aller Art
Kochherde von 12,— Mk. an.
Teilzahlung!

Hugo Walther, Holzen
Rosenweg 40.

Wanne. (Mißglückter Gaunerstreich.) Auf leichte Weise zu Geld zu kommen versuchte ein wilder Händler, der einem hiesigen Geschäftsmann eine Kiste mit 50 Pfund Zucker zum Preise von 50 Billionen anbot. Dieser öffnete die Kiste, um die Ware zu prüfen. Anstatt Zucker fand er aber Sand vor. Der Schwindler hatte während des Oeffnens das Weite gesucht.

Elberfeld. (Im letzten Augenblick!) Bei den Unruhen der Arbeitslosen in den letzten Tagen hat sich wiederholt gezeigt, daß ortsfremde Elemente die Hauptanstifter waren. Donnerstag waren sie mit Lastautos und mit Waffen versehen aus dem besetzten Gebiet gekommen. Beinahe wären ihnen zwei Betriebsassistenten der Polizei zum Opfer gefallen, die früher bei der Blauen Polizei tätig waren. Sie hatten dienstlich in einem Hause an der Grenze zu tun, wo sich die Arbeitslosen versammelt hatten. Obschon die Beamten in Zivil waren, wurden sie von einigen Personen erkannt. Man nahm ihnen die Revolver ab und mißhandelte sie schwer. Etwa 150 Personen schleppten sie bis dicht an die Grenze des besetzten Gebietes, anscheinend, um vor der Schutzpolizei sicher zu sein. Dort stellte man sie an die Mauer und hielt ein Standgericht über sie ab. Durch Abstimmung wurde beschlossen, die beiden Beamten zu erschießen. Mitglieder der Arbeitersamariterkolonne, die versuchten, die stark blutenden Beamten zu verbinden, wurden ebenfalls mit Erschießen bedroht. Nur dem Umstand, daß ein Zuschauer, ein Arbeiter, telephonisch das Ueberfallkommando der Schupo herbeirief und dieses nach kurzer Zeit erschien, ist es zuzuschreiben, daß die Banditen bei der Ausführung des geplanten Verbrechens gehindert wurden. Vier Personen konnten verhaftet werden. Weitere Festnahmen stehen bevor.

Aus den Provinzen.

Lippstadt. (Milchpantscherei im großen.) Auf Veranlassung des Wehrkreiskommandeurs wurden in dem benachbarten Overhagen und in der Umgegend 10 Bauern verhaftet und von einem größeren Gendarmerie-Aufgebot nach dem Sennelager abtransportiert. Die Bauern haben die abgelieferte Milch, welche hauptsächlich nach dem besetzten Gebiet geht, mit Wasser und Magermilch derart verdünnt, daß ein Wasserzusatz von 40 % festgestellt wurde.

Was viele nicht wissen.

Der mit „Feh" bezeichnete Pelzschmuck stammt von einer sibirischen Eichhörnchenart ab, ist also echtes Pelzwerk. Allerdings gibts auch Nachahmungen. Der Name bedeutet so viel wie „bunt".

In einzelnen Teilen Nord-Sibiriens ist die Winterkälte so groß, daß die Milch in gefrorenem Zustand in Form von flachen Kuchen oder Ziegelsteinen verkauft wird.

Die Wüste Sahara umfaßt eine Fläche von 5800 Quadratkilometer.

Die letzte Woche.

Der große Abbau der Preise, dieses Weihnachtsgeschenk, das uns fast „über Nacht" beschert worden ist, veranlaßt zu einer Frage. Warum ist nicht zeitiger mit dieser Aktion begonnen worden? Es lag kein Zwang vor, die Senkung der Preise bis jetzt zu verschieben, nachdem wir die Ueberzeugung gewonnen hatten, daß die Wucherbekämpfung allein noch keine Aenderung herbeiführen würde. Die Hauptsache ist, daß auch dieser Fall uns wieder gezeigt hat, daß da, wo der energische Wille vorhanden ist, sich auch der Weg findet, der zum Ziele führt.

Der Reichskanzler Marx, der das neue Ermächtigungsgesetz im Reichstag zur Annahme gebracht hat, ist dabei, die Lebensmittel weiter zu verbilligen, und die strengste Sparsamkeit walten zu lassen. Es muß allerdings abgewartet werden, ob alle Pläne bis zum letzten Buchstaben durchgesetzt werden können, ob nicht wenigstens das Zeitmaß der Verwirklichung ermäßigt werden muß. Mancherlei Widersprüche sind schon laut geworden. Wir haben lange gewartet, bis der Pfennig wieder geehrt wurde, aber das ausgepowerte Land muß jetzt erst wieder „aufgepäppelt" werden, damit es hergeben kann. Ohne Geld wird es also nicht abgehen.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, mit welchen der neue Handelsvertrag unterzeichnet worden ist, haben sich nun endgültig entschlossen, eine große Beihilfe gegen den „Hunger in Deutschland" auf Grund von Berichten des Handelsministers Hoover zu gewähren. Auch das ist eine Weihnachtsgabe, die wir selbstverständlich gern willkommen heißen wollen. Angekündigt ist die finanzielle Zuwendung schon wiederholt, aber die Gewährung ist bis zur Stunde regelmäßig ausgeblieben, und es auch nicht abzusehen, wann die Amerikaner aus dem Verhalten der Franzosen so viel Vertrauen gewonnen haben werden, daß sie es riskieren, einen runden Posten Dollars auf Borg herzugeben. Denn den Anlaß, die französische Regierung durch Kündigung von deren Schulden und Zinsen zum Nachgeben zu zwingen, haben sie bisher nicht gefunden.

Und so muß sich Deutschland die Erschwerung der Abschneidung seines Kredits durch Frankreich weiter gefallen lassen. Sonst wäre dieser Straßenräuberei, die unter Poincaré bekanntlich ihre Höhepunkt erreichte, ein Ende bereitet worden.

Von England und Frankreich wird neuerdings wieder einmal behauptet, daß eine Einigung wegen des Ruhrgebiets insofern erfolgen soll, als England mit Frankreich und Belgien an der Okkupation teilnimmt, die drei Staaten sich zu einem Bündnis gegen jeden Angriff vereinigen und eine ermäßigte Zahlung Deutschlands erfolgen soll. Wenn diese Angaben in das Gemeinverständliche übertragen werden, so würde das so viel heißen, daß sich Frankreich den Hauptanteil an dieser Mahlzeit sichert und seine Verbündeten mit einem Linsengericht abspeist. Deshalb erscheinen diese Meldungen übertrieben oder verfrüht oder direkt erfunden, wie auch solche Angaben im Laufe der Monate zu Dutzenden im Umlauf gewesen sind, ohne daß sich etwas zu unseren Gunsten geändert hat.

Im Ruhrgebiet selbst hat sich das Arbeitsverhältnis gebessert, als die Achtstundenschicht, wie sie vor dem Kriege bestand, neu eingeführt ist. Aus dem Verlangen des französischen Oberkommandos, den Bau von Ruhrkasernen zu beschleunigen, ersieht man, daß die Franzosen selbst an eine schnelle Räumung nicht denken. Es sind noch nicht einmal die Gewalttaten und Räubereien vorüber, sondern immer neue Vorkommnisse werden berichtet, die zeigen, wie schwer es den Franzosen fällt, ihre Untugenden abzulegen.

Die englische Arbeiterpartei hat als zweitstärkste Partei des Parlaments doch wohl nicht übel Lust, wenn es bisher auch noch nicht da war, sich an der Bildung des neuen englischen Ministeriums zu beteiligen, wenn auch der einstweilige Premierminister Baldwin vorläufig noch im Amt bleiben wird. Damit wäre für England die Möglichkeit der neuen Zeit angebrochen, daß Arbeiter an die Spitze der ältesten Parlamentsregierung der Welt treten könnten. Damit würde vielleicht die beste Garantie dafür gegeben sein, daß sich London nicht mehr wie bisher von Paris zum besten halten lassen wird. Die englischen Arbeiter (Gewerkschaftler) haben sich letzthin erst wieder gegen das Treiben Poincarés mit aller Bestimmtheit kräftig ausgesprochen.

Der Pariser Botschafterposten.

In Kreisen der Reichsregierung besteht die Absicht, demnächst an die französische Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die Rhein- und Ruhrfrage zum Gegenstand direkter Verhandlungen zwischen Berlin und Paris zu machen. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage der Neubesetzung der deutschen Botschaft in Paris erörtert. Pariser Pressestimmen winken sehr vernehmlich, indem sie die Nichtbesetzung des deutschen Botschafterpostens in Paris als bedauerlich bezeichnen. Demgegenüber wird von der deutschen Regierung darauf hingewiesen, daß die Frage der Besetzung der deutschen Botschaft in Paris schon wiederholt angeschnitten worden ist, und daß man nicht weniger als drei Botschafterkandidaten vorgeschlagen habe, ohne daß die französische Regierung es für notwendig gehalten hätte, darauf zu antworten. Es sind fast vier Monate seit dieser Anfrage ins Land gegangen, und die in der französischen Presse laut werdenden Aeußerungen des Bedauerns haben angesichts dieses Verhaltens der französischen Regierung einen etwas merkwürdigen Beigeschmack.

Nun hat aber die Frage der Besetzung der deutschen Botschaft in Paris wegen der inzwischen erledigten indirekten oder privaten Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen Wirtschaft und französischen Besatzungsbehörden eine Lage geschaffen, die milde ausgedrückt, sehr kompliziert ist. Das Hauptergebnis dieser Verhandlungen ist der sogenannte Micumvertrag. Im großen und ganzen handelt es sich um die grundsätzliche Frage der Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Frankreich aber unterhält zurzeit eine Besatzungsarmee im Rheinlande. Es hat den Micumvertrag mit Vertretern des deutschen Privatbesitzes abgeschlossen. Es hat eine ganze Anzahl von Uebergriffen, von Rechtsbrüchen begangen, die weder rückgängig gemacht, noch gesühnt worden sind. Wird trotz aller dieser Umstände heute ein Botschafter in Paris ernannt, so entsteht alsbald die Frage, ob der gegenwärtige Zustand der tatsächlichen Beziehungen zwischen den beiden benachbarten Ländern als normal gelten kann oder nicht. Die Ernennung eines Botschafters stempelt ihn als normal und rechtmäßig, sofern der Botschafter nicht sofort Einspruch dagegen erhebt. Einsprüche und Proteste haben wir in Fülle bekanntgegeben und vorgebracht. Sie haben uns nicht geholfen. Sie haben auch keine größere Aussicht auf Erfolg, wenn sie durch die Vermittlung eines akkreditierten deutschen bevollmächtigten Botschafters in Paris vorgebracht werden. Der Vorteil eines solchen Vorgehens läge offenbar ausschließlich auf Seiten Frankreichs. Frankreich könnte den bindigen Beweis erbringen, daß sich Deutschland mit den gegenwärtigen Zuständen im Rheinlande abgefunden habe, denn hätte es dieses nicht, so würde es ja keinen Botschafter nach Paris geschickt haben. So hängt an der scheinbar rein formalen Frage der Besetzung des Botschafterpostens ein sehr viel größeres politischer Interessenkomplex als man glauben sollte.

Vom Büchertisch.

Aus der Philosophen-Ecke. Kritische Glossen zu den geistigen Strömungen unserer Zeit. Von Dr. Robert Drill. Verlag: Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Abteilg. Buchverlag, Frankfurt a. M. Grundzahlen: Brosch. *M* 2.80, geb. *M* 4.—. Teuerungsmultiplikator: Schlüsselzahl des Börsenvereins Deutscher Buchhändler.

Das vorliegende Buch ist eine Sammlung ausgewählter Aufsätze, die der Verfasser im Verlauf der Jahre in der „Frankfurter Zeitung" erscheinen ließ. Sie behandeln in allgemein verständlicher Weise geistige Strömungen und Erscheinungen unserer Zeit, von einem philosophischen Standpunkte aus, der nicht dem Tage entnommen ist. Es wird dargelegt, daß so manches, was als Erkenntnis auftrat, doch nur Irrtum ist, daß anderes, das heute noch nicht erkannt wird, im Begriffe ist, sich durchzusetzen, und darunter alte Gedanken sind, die vergessen, aber nicht widerlegt wurden und heute erst wieder gesehen und eingesehen werden müssen. Behandelt sind u. a. Anthroposophie, Psychanalyse, Spengler, die Häckelzeit, verschiedene Probleme der Soziologie und des Sozialismus, einige Fragen der deutschen Tragik; den Beschluß bilden die Gestalten Schiller, Hegel, Schopenhauer, Rousseau, Lily Braun, die ebenfalls Anlaß zu aktuellen Betrachtungen gaben.

Geschäfts-Eröffnung!

Mit dem heutigen Tage eröffne ich in Schwerte — **Markt Nr. 9** — ein **Spezial-Geschäft** in

Dürrkopp-Erzeugnissen wie Fahrräder, Nähmaschinen, Zentrifugen, sowie sämtlichen Ersatzteilen. :-: In

Sprechmaschinen und Schallplatten

habe ich für Schwerte den Vertrieb der altbewährten Marke **Parlophon** übernommen.

Zur zwanglosen Besichtigung meines reichhaltigen Lagers lade ich ergebenst ein.

Willy Lippmann, Vertreter der Dürrkoppwerke A.-G. Bielefeld

Gestern abend 10¼ Uhr entschlief nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, meine liebe gute Frau, unsere gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Karl Pütter

Sophie geb. Hohmann

im Alter von 65 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Karl Pütter.

Schwerte (Bergische Str. 13), Ronsdorf, Aplerbeck, Iserlohn, Kalthof, den 16. Dezember 1923.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom evang. Krankenhause aus statt. Sollte jemand keine Nachricht erhalten haben, so diene diese als solche.

Singer-Nähmaschinen

Erleichterte Zahlungsbedingungen.

Vertreter H. Haupt.

Besuch kostenlos. Adressen sind abzugeben in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Mittwoch, den 19 ds Mts. vormittags 9 Uhr

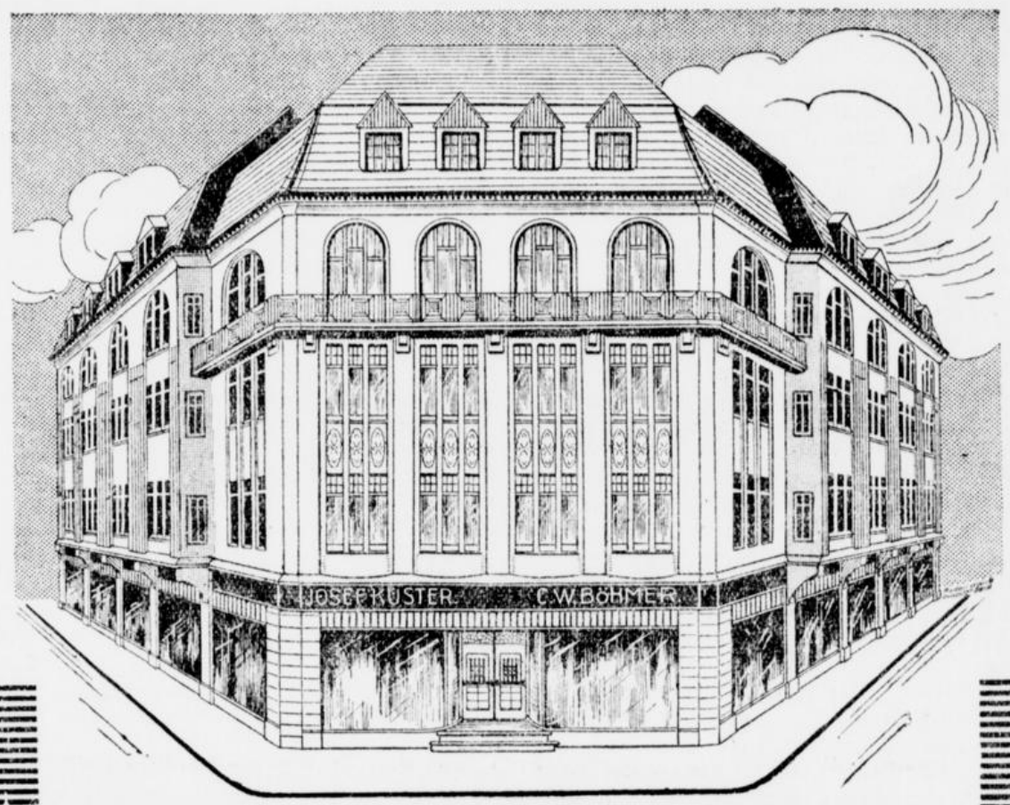
Fleisch-Verkauf auf der Freibank.

Schlachthofverwaltung.

Ferkel u. Jungschweine

prima Rasse, billig abzugeben 3420

Gut Bangert, Ergste.



Empfehlenswerte

Weihnachtsgeschenke

Trotz billigster Grundpreise weitgehendste Zahlungserleichterungen!

Küster & Böhmer

Lichtspiele „Zur Reichskrone"

Heute bis Donnerstag!

Es ist uns gelungen zwei der besten Operetten auf den Spielplan zu setzen.

1.

Hannemann ach Hannemann

Filmoperette in fünf Akten.

2.

Wenn die Liebe nicht wär!

Filmoperette in fünf Akten.

Gesungen von nur ersten Berliner Gesangskräften.

Das Beste vom besten!

Lustspiel-Einlage!

Speisekartoffeln

im Großhandel und Kleinverkauf laufend abzugeben.

Fr. Gräfingschulte, G. m. b. H.

Langschede (Ruhr), ✆ Telef. 8, 64 und 45.

Wir suchen per sofort oder später für unsere Maschinenabteilung passende

Lager- und Werkstatträume

zu pachten oder kaufen.

Angebote unter Nr. 3465 an die Geschst.

FAMILIENANZEIGEN

liefert schnell und billig

„Schwerter Zeitung"

Schönstes Weihnachtsgeschenk!

Orphica **Milophon** (eigenes Fabrikat) **Vox**

erstklassige Fabrikate der Sprechmaschinen-Industrie haben wir stets in grosser Auswahl am Lager. Besichtigung ohne Kaufzwang.

Schmitt-Piano-V.-G. Abt. Sprechmaschinen

Hagen i. W., Elberfelderstrasse 69.

Ein gutes Buch

ist eine bei jung und alt beliebte

Weihnachtsgabe!

Erhältlich in der

Buchhandlung Carl Braus, Schwerte

Bitte beachten Sie unsere Schaufenster Bahnhofstr. 3 und Große Marktstr. 3!

Der weise Araber.

Als Abd-El-Hakk noch arm war und eines Tages durch eine öde Wüste wanderte, kam er an die Hütte einer armen Witwe, namens Zaidah, die auch sehr arm war. Aber als er ihr sagte, er habe großen Hunger, da setzte sie ihm zwei hartgekochte Eier vor, etwas anderes hatte sie nicht im Hause.

Jahre vergingen, und Abd-El-Hakk war ein reicher Mann geworden und lebte in Marrakesch. Wie alle reichen Leute hatte er viele Feinde, und besonders Meludi, der Rechtsanwalt, war ihm sehr gram. Er überredete die Witwe Zaidah, sie sollte ihn auf Zahlung der genossenen Eier verklagen. Aber nicht nur den Wert der Eier sollte sie einklagen, denn aus ihnen wären ja zwei Hühnchen geworden, welche sich mit der Zeit so vermehrt haben würden, daß Abd-El-Hakks ganzes Vermögen nicht ausreichte, um sie zu bezahlen.

Es wurde ein Termin angesetzt, und als die Sache zur Verhandlung kam, stellte es sich heraus, daß der reiche Mann nicht anwesend war.

„Warum ist der Beklagte nicht hier?" fragte der Richter.

„Hoher Herr," sagte der Verteidiger, „Abd-El-Hakk ist nach Hause gegangen, um gekochte Bohnen zu säen."

„Was? Gekochte Bohnen?" fragte der Richter.

„Jawohl, gekochte Bohnen, hoher Herr."

„Ist er denn verrückt?"

„Im Gegenteil, er ist sehr weise, denn er sagt, wenn hartgekochte Eier Küchlein hervorbringen können, so können sicher aus gekochten Bohnen auch Pflanzen wachsen."

Die Klage wurde sofort abgewiesen und die Kosten der Klägerin auferlegt.

Weiberlist.

Humoreske von Gustav Conradi.

(Nachdruck verboten.)

Zehnmal schon hatte das hübsche Frauchen ihren Mann um die Brosche gebeten. Einen Türkis in der Mitte und rund herum einen Kranz von kleinen, kleinen Brillanten. „Ich muß die Brosche haben," hatte sie gesagt. „Sie fehlt zu meinen Ohrringen und meinem Halsband."

Aber ihr Mann hatte gegähnt und hatte gesagt: „Schlag' dir die Brosche nur aus dem Sinne. Du hast eine gehabt und sie verloren. Von mir bekommst du keine mehr."

Jetzt lag sie ihm wieder mit derselben Bitte in den Ohren.

„Sieh mal, liebes Männchen, mein ganzer Geburtstag macht mir keine Freude, wenn ich die Brosche nicht bekomme."

Aber die Antwort war immer dieselbe: „Man kann auch ohne Brosche glücklich sein."

Und wenn sie nicht so eine liebe, süße Frau gewesen wäre, so hätte sie vor Wut mit den Füßchen auf die Erde gestampft. Aber sie tat es nicht, dazu war sie zu wohlerzogen, zu gut, zu süß. Aber innerlich raste sie, und sie mußte ihrer Wut Luft machen. Und darum drehte sie an der Kurbel des Telephons. „Bist du es, Minni? Denk' dir nur, der Unmensch hat es mir schon wieder abgeschlagen. Ich bekomme die Brosche nicht, auch zu meinem Geburtstag nicht. Ist das nicht scheußlich? Ja, das habe ich ihm auch gesagt. Er aber lacht nur dazu. Es ist geradezu ein Skandal, einer Frau, so einer Frau wie mir, so etwas abzuschlagen. Was sagst du, ein guter Mensch ist er? Ein guter Mensch hätte mir längst die Brosche geschenkt. Ich bekomme sie nicht einmal zum Geburtstage. Es ist schauerlich, schrecklich, und ich möchte weinen, wenn es mir nicht so leid täte um meine Augen."

Und eine Woche später war der Geburtstag. Ein prachtvoller Julitag. Und als sie zum Frühstück in das Frühstückszimmer hineintrat, da war der Geburtstagstisch aufgebaut wie alle Jahre. Ein Kochbuch von ihrem Mann, ein paar Handschuhe von ihrem Mann, eine Schachtel Seife von ihrem Mann, eine Schachtel Briefpapier mit Veilchengeruch von ihrem Mann. Zwanzig Mark von Papa. Eine Schachtel Seife von Mama. Ein gestricktes Halstuch von Tante Emeline. Eine Handarbeit von Minni. Eine alte, lang getragene Brosche von Großmama, scheußlich geschmacklos.

„Ach, wie nett von Großmama, daß sie an mich gedacht hat."

Viele Ansichtskarten mit Glückwünschen und drei, vier Briefe.

„O mein Himmel, was ist das?" Ein kleines eingeschriebenes Paket?"

„Ich habe auch keine Ahnung, was das sein kann," sagte der liebe Mann, der für die Seife, die Handschuhe, das Kochbuch, das Papier je einen zärtlichen Dankeskuß erhalten hatte.

„Oh, das ist gewiß eine Ueberraschung von Onkel David," sagte sie. „Aber nein, Onkel Davids Schrift ist doch ganz anders."

Und sie öffnete das Päckchen, und ihr Mann sieht ihr neugierig zu. Da, ein Schrei: „Oh, wie schön, wie entzückend, wie reizend," und was liegt darin? die Brosche. Der Türkis, eingefaßt mit zwanzig kleinen, blitzenden Brillanten.

„Prachtvoll, entzückend, ganz so, wie ich es mir gewünscht habe. Und du bist doch ein ganz entzückendes Männchen."

Und sie fällt ihm um den Hals und küßt ihn ab, daß er kaum zu etwas kommen kann.

Aber er kommt und wehrte den Dank ab und sagt: „Ich versichere dich, das war ich gar nicht."

Sie aber schneidet ihm jede Widerrede ab.

„Verstell' dich doch nicht, ich kenne dich doch besser. Ich weiß doch, wie gut du bist. Du hast mir aber die größte Freude gemacht, die du mir machen konntest. Komm, laß dir noch einen Kuß geben." Und sie freut sich kindisch. Nein, es ist doch zu entzückend von ihrem Mann, so lieb, so gut zu sein. Selten war ein Frühstück so gemütlich wie dieses. Die kleine Frau überschüttete ihren Mann mit Liebenswürdigkeiten. Ja, man muß sich doch revanchieren. Und der Kuchen schmeckte ausgezeichnet. Die Küsse, na, die nimmt man so mit. Dann muß er gehen. Das Bureau wartet, die Pflicht ruft. Eigentlich schade! Vorher muß er noch bei seinem Kompagnon vorsprechen. Aber das sagt er nicht. Er spricht nur vom Bureau.

* * *

Zehn Minuten später beim Kompagnon. Bei Minnis Mann. Er, der glückliche Spender, wartet im Schreibzimmer. Da klingelt es am Telephon. Minni ist nicht da und ihr Mann auch nicht. So geht er hin und hält den Hörer an sein Ohr. Und er hört eine weibliche Stimme:

„Nein, Minni, es ist zu kostbar, die Geschichte. Ja, besser gelungen, als ich gedacht habe. Ich habe mir die Brosche, so wie du es mit geraten hast, eingeschrieben geschickt. Ich tat ganz erstaunt und war entzückt überrascht, und mein Männchen war es nicht minder. Was er wohl dazu gesagt hätte, wenn er wüßte, daß ich den ganzen Schmuck von Großmama verkauft habe, um mir die Brosche zu kaufen. Aber das Köstliche kommt noch. Denk' nur, er will mir einreden, er hat mir die Brosche gekauft und nimmt den ganzen Dank als etwas Selbstverständliches hin. So ein Scheusal, so ein Heuchler. Na, dem kann es gut gehen. Den hab' ich jetzt schon in der Hand."

Und irgend jemandem in dem Zimmer entfällt der Hörer aus der Hand. Er selbst sinkt wie geknickt auf den nächsten Sessel. Da war er ja in eine schöne Patsche geraten. Wer hätte aber eine solche Niedertracht von dem süßen Weibchen erwarket und noch dazu am Geburtstage.

Während er sich den Schweiß von seiner Stirn wegwischte, trat Minni ein.

„Ja, was ist Ihnen denn, lieber Herr Bendler? Ist Ihnen denn schlecht?"

„Sehr schlecht, gnädige Frau!" Und nun beichtet er alles und bittet seines Weibchens Freundin um Rat.

„Helfen Sie mir. Frauen sind ja wie Schlangen, sie winden sich durch alles durch. Winden Sie mich mit."

Und die junge Frau lachte und lachte. Sie war ja doch mit im Komplott. Nun will sie den Schaden wieder gutmachen.

„Lieber Herr Bendler, da hilft nur eins. Sie beichten Ihrer Frau alles. Sie sagen ihr, Sie haben sich überrumpeln lassen, sagen ihr, Sie haben sich vor sich selber geschämt, daß Sie ihr zu ihrem Geburtstage den Wunsch nicht erfüllt haben. Sagen ihr, Sie bereuen alles tief, schmerzlich, denn Aufrichtigkeit sei das einzige, was es zwischen Gatten noch gäbe. Und um ihr zu zeigen, wie aufrichtig Ihr Schmerz ist, bringen Sie ihr einen Ring."

„Ich einen Ring?" sprang er auf. Sie aber drückte ihn wieder auf den Stuhl nieder. „Sie bringen ihr einen Ring. Einen Türkis mit lauter kleinen Brillanten herum. Der paßt ausgezeichnet zu der Brosche und zur ganzen Garnitur. Still! Keine Widerrede. Sie bringen ihn ihr. Denn damit allein zeigen Sie Ihre Reue. Und Reue ist Besserung. Und wie ich meine kleine Freundin kenne, verzeiht sie alles, namentlich für einen Ring."

Und zum Mittag naht ein armer Sünder. Und beichtet. Und ein junges Frauchen lacht, lacht und lacht. Und an ihrem Finger blitzt ein neuer Ring. Ein Türkis mit lauter kleinen Brillanten herum. Und es gab selten ein so ungemütliches gemütliches Mittagessen wie dieses!



von Laura Vincent.

Nachdem Schälen und Schneiden von Zwiebeln fällt es oft schwer, den unangenehmen Geruch von den Händen zu entfernen. Man reibe die Hände tüchtig mit Salz ein und wasche sie dann in kaltem Wasser, worauf der Geruch sofort verschwinden wird.

Beim Blauen der Wäsche füge man dem Wasser etwas Soda zu, die Wäschestücke werden dann gleichmäßig und nicht streifig.

Gegen Hühneraugen hilft oft folgendes einfache Mittel. Man binde mehrere Nächte lang ein Stückchen Zitrone auf das Hühnerauge, und nach fünf oder sechs Tagen wird es sich so gelockert haben, daß man es leicht herausnehmen kann.

Ameisen lassen sich vertreiben, wenn man Gurkenschalen, in schmale Streifen geschnitten, an die Orte legt, wo sie sich aufhalten. Sie können den Geruch nicht leiden und verschwinden sehr bald.

Kachelöfen oder Herde reibt man am besten mit Terpentin und einem Flanellappen ab und poliert mit einem weichen Tuch nach. Die Kacheln sehen dann wie neu aus und viel schöner, als wenn sie mit Wasser gewaschen werden.

Gelb gewordene Messergriffe aus Elfenbein erhalten ihre frühere Weiße wieder, wenn man sie eine Stunde lang in abgekochtes Alaunwasser steckt, das wieder kalt geworden ist. Nachher bürstet man sie tüchtig mit einer Handbürste ab und wickelt sie in ein leicht feuchtes Tuch, bis sie trocken sind.

Ein Gegengift, das in jedem Hause vorrätig zu sein pflegt und schnell zur Hand ist, ist Olivenöl. Man lasse den Vergifteten sofort ¼ Liter davon trinken, kräftige Personen können sogar mehr davon nehmen. Dies ist besser als Milch, und jede Mutter sollte daher darauf halten, daß das Oel im Hause nicht ausgeht, denn bei Kindern ist gar leicht ein Unglück geschehen.

Einen Splitter, den man sich in die Hand getrieben hat, kann man leicht und schmerzlos durch Dampf ausziehen. Man fülle zu diesem Zwecke eine weithalsige Flasche fast ganz mit heißem Wasser und presse die verletzte Handstelle mit leichtem Druck auf die Oeffnung. Das Fleisch wird in den Flaschenhals hineingezogen, und in wenigen Minuten hat der Dampf den Splitter herausbefördert.

Einen Spiegel darf man nie so hängen oder stellen, daß die Sonnenstrahlen darauf fallen. Licht und Wärme haben einen schädlichen Einfluß auf den Quecksilberbelag, und das Glas wird trübe und wolkig. Kann man es nicht vermeiden, daß die Sonne den Spiegel trifft, so verhänge man ihn mit einem Tuch, solange sie darauf scheint.

Will man weiße Blusen, Herrenhemden u. dgl. auf mühelose Weise recht weiß haben, ohne dem Stoff zu schaden, so mische man saure Milch zu gleichen Teilen mit Wasser und lege die betreffenden Gegenstände über Nacht hinein. Dann wasche man wie gewöhnlich. So behandelte Wäsche wird blütenweiß.

Um Glas oder Porzellan für eine weite Reise zu verpacken, feuchte man das zu benutzende Heu oder Stroh an. Es schmiegt sich so besser an die Gegenstände an, und diese können nicht umherrutschen. Man lege die größten und schwersten Gegenstände nach unten und spare nicht an Packmaterial, sondern umwickle jedes einzelne Stück extra.

Seidene Blusen und dergleichen dürfen nie in heißem, nicht einmal in lauem, sondern nur in kaltem Wasser gewaschen werden, weil sonst Stoff und Farbe darunter leiden. Man koche eine gute, neutrale Seife mit dem nötigen Wasser, lasse die Brühe erkalten und wasche die Gegenstände darin, ohne zu reiben, nur durch Eintauchen und Ausdrücken. Dann spüle man mehrmals in kaltem Wasser nach.

Beim Schälen von Aepfeln hat man eine Schüssel mit kaltem Wasser zur Hand, dem man ein paar Tropfen Zitronensaft zugefügt hat. In dieses werfe man jeden Apfel, sobald er geschält ist, und die Früchte werden nicht braun werden. Man vermeide es, die Aepfel mit einem Stahlmesser zu schälen und zu schneiden, da dies Geschmack und Aussehen beeinträchtigt. Man bediene sich eines bronzenen oder silbernen Obstmessers.

Humor.

Immer derselbe. „Was tut denn eigentlich der alte Wilke, seitdem er pensioniert ist?"

„Genau dasselbe wie früher, er redet beständig vom Arbeiten."

Kohlenpassierscheine aufgehoben.

bb **Köln**, 15. Dez. Wie die Köln. Volksztg. berichtet, haben die Besatzungsbehörden die Einrichtung der Passierscheine für Kohlentransporte aufgehoben, ebenso den Schein für Sprengstoffe für die Bergwerke

Die Rhein- und Ruhrabgabe.

wtb. **Berlin**, 15. Dez. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß am Dienstag, den 18. Dezember 1923, die dritte Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe fällig ist. Sie beträgt bei physischen Personen 0,50 Goldmark für jede vollen 1000 Mark der Einkommensteuerschuld 1922. Wenn der Einkommensteuerveranlagung 1922 ein Abschluß vor dem 30. Juni 1922 zugrunde gelegen hat, ist der Betrag zu vervierfachen, also 2 Goldmark für 1000 Mk. Jahressteuerschuld 1922 zu zahlen. Diejenigen Steuerpflichtigen, die im Jahre 1922 hauptsächlich Einkommen aus Arbeitslohn oder aus freien Berufen bezogen haben, sind nur abgabepflichtig, wenn ihr Einkommen mehr als eine Million betrug, dann aber auch mit 0,50 Goldmark Jahressteuerschuld 1922. Erwerbsgesellschaften (Aktiengesellschaften usw.), deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, oder die in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. Dezember 1922 abgeschlossen haben, haben eine Goldmark für 1000 Mark Körperschaftssteuerschuld 1922 zu zahlen. Diejenigen Gesellschaften, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1922 abgeschlossen haben, haben 16.50 Goldmark und diejenigen Gesellschaften, die vor dem 1. April 1922 abgeschlossen haben, 3 Goldmark für 1000 Mark Körperschaftssteuerschuld 1921/22 zu zahlen. Für die Zahlung ist grundsätzlich maßgebend der Goldumrechnungssatz des Zahlungstages. Es wird pünktliche Zahlung dringend empfohlen. Wer nicht pünktlich zahlt, setzt sich der Gefahr höherer Zuschläge aus.

Die letzte Zahlung auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer 1923 ist nicht im Dezember, sondern erst im Januar zu entrichten. Der Zeitpunkt für diese Zahlungen wird noch bekanntgegeben.

Arbeitsfragen.

Die Löhne im Kohlenbergbau.

wtb. **Berlin**, 15. Dez. Die Löhne im Steinkohlenbergbau des unbesetzten Gebietes für die Woche vom 10. bis 17. Dezember wurden durch den vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß wie folgt festgesetzt: Für Oberschlesien auf drei Goldmark je Schicht, für Niederschlesien auf 2.50 Goldmark je Schicht, für Sachsen auf 2,70 Goldmark je Schicht. Es treten für die einzelnen Reviere für jede in der vorerwähnten Woche verfahrene Schicht Teuerungszulagen von 735 bis 900 Milliarden Mark, sowie mit Rücksicht auf die bevorstehende Mehrarbeit eine einmalige Ernährungszulage von 1,5 bezw. 2 Billionen Mark.

Beendeter Metallarbeiter-Streik.

* **Lüdenscheid**, 15. Dez. Ein Streik in der Metallindustrie, der aus Anlaß der Lohnfestsetzung in Goldmark am 27. November ausgebrochen war, ist beendet. Die Arbeit wurde allgemein wieder aufgenommen. Der Spitzenlohn ist gegenüber dem ersten Angebot von 40 auf 42 Pfennig erhöht worden.

Angestelltenstreik in Görlitz.

* **Görlitz**, 15. Dez. Infolge Nichtbewilligung ihrer Gehaltsforderungen ist ein Teil der hiesigen Handels- und Industrieangestellten heute in den Ausstand getreten. Ungefähr 20 größere Firmen mit rund 600 Angestellten sind davon betroffen. Einigungsverhandlungen mit den Arbeitgebern stehen bevor.

Das Kommunique Churchills über die Skagerrak-Schlacht.

* **London**, 15. Dez. Lord Alfred Douglas, der Freund Oskar Wildes, erschien am 10. ds. vor dem Schwurgericht zu London, um sich wegen einer von Winston Churchill erhobenen Verleumdungsklage zu verantworten. Wie erinnerlich, hatte Douglas vor einige Zeit gegen Churchill öffentlich den Vorwurf gerichtet, nach der Schlacht bei Jütland ein Kommunique veröffentlicht und in einem Rundschreiben verbreitet zu haben, das im Verein mit der Siegesfanfare des deutschen Kommuniques es einem Syndikat, an dessen Spitze der „jüdische Finanzmann deutschen Ursprungs“ Ernest Cassel stand, ermöglicht hätte, durch Spekulationen an der New Yorker Börse 18 Millionen Lst. auf deutsche Effekten und 36 Millionen Lst. auf englische, also 54 Millionen Lst. Totalgewinn zu erzielen. Churchill hätte davon seine Prozente in Form künstlerischen Mobiliars für 40 000 Lst. erhalten. Churchill war z. Z. der Schlacht bei Jütland nicht mehr Erster Lord der Admiralität; Marineminister war Balfour. Douglas hält aber in seiner schriftlichen Verteidigung, die vor Gericht verlesen wurde, aufrecht, daß Churchill, obgleich er nicht mehr Minister war, in der Admiralität ein Zimmer behalten hätte, wo er alle als Minister ihm zugänglich gewesenen Dokumente verwarte, und von wo er seinen starken Einfluß bei der Admiralität noch ausgeübt hätte, als Balfour bereits im Amte war.

Der Richter erklärte die Anklage Douglas als sensationelle Erfindung. Winston Churchill hätte gar nichts mit dem ersten Kommunique zu tun, das auf Veranlassung Balfours nach den von der Flotte eingelaufenen Meldungen redigiert wurde. Churchill habe im Gegenteil später, unter dem Eindruck der Depression beim Publikum, nach den inzwischen von der Flotte eingetroffenen günstigeren Meldungen ein zweites Kommunique angeraten. Der Richter stellte auch die Beziehungen Winston Churchills zu Sir Ernest Cassel klar, der ein intimer Freund Lord Randolph Churchills ,des Vaters von Winston, war. Dieser hatte durch Vorträge und Schriftstellerei etwa 10 000 Lst. verdient und sie Cassel anvertraut, damit dieser sie günstig anlege; die Spekulation schloß aber mit einem Verlust von 100 Lst. ab. Es sei richtig, daß Cassel als Freund der Familie Winston Churchill zweimal Geschenke machte. Als Churchill 1905 sein Haus einrichtete, schenkte Cassel ihm die Einrichtung für ein Zimmer, und als Churchill sich verheiratete, schenkte Cassel ihm 500 Lst., wofür Churchill seiner Gattin Juwelen kaufte. Beide Fälle liegen vor dem Kriege. Lord Balfour bezeugte vor Gericht, daß Churchill noch einige Wochen nach den Wahlen mit seiner Familie im Gebäude der Admiralität wohnte, aber keinen Fuß mehr in die Amtszimmer setzte und auszog, sobald er eine andere Wohnung gefunden hatte. Balfour bestätigte, daß Churchill auf seine Bitte, da er ein guter Kenner des See- und Landkrieges und ein glänzender Schriftsteller sei, das zweite Kommunique abgefaßt habe.

Der Angeklagte verlor während der Verhandlung bei dem Publikum jede Sympathie, da seine Ausführungen von Churchill widerlegt werden konnten. Lord Douglas wurde für schuldig befunden und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, mit der Androhung, daß weitere sechs Monate Gefängnis verhängt werden, falls er mit seinem Verleumdungsfeldzug fortfahre.

Aus Nah u. Fern.

Die gefälschten 5-Billionenscheine.

* **Lennep**, 15. Dez. In den letzten Tagen waren hier falsche 5-Billionenscheine des Kreises Lennep in Umlauf. Im Zusammenhang mit diesen Fälschungen ist der Buchdruckereibesitzer Geldsetzer und sein Gehilfe festgenommen worden.

Spitzbubenfrechheit.

* **Rees**, 14. Dez. Witzige Diebe drangen in den Hühnerstall eines Einwohners im benachbarten Isselberg ein und raubten ihn vollständig aus. Nur den Hahn, der wohl zu mager war, ließen sie zurück und hängten ihm einen Zettel um den Hals mit der Aufschrift: „Wegen allgemeiner Körperschwäche ein Jahr zurückgestellt.“

Raubmord?

* **Düren**, 14. Dez. Einwohner der Bismarckstraße hörten in frühen Morgenstunden kurz hintereinander drei Schüsse fallen. Auf dem Bürgersteig wurde ein Mann mit einem Schuß im Kopf aufgefunden, der nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab und auf dem Transport zur Sanitätswache starb. Da ihm Brieftasche und Uhr fehlten, vermutet man, daß Raubmord vorliegt. Es handelt sich um einen 21jährigen aus Saarburg stammenden Angestellten eines hiesigen Werkes, der sich die Nacht über im Wartesaal auf dem Bahnhof aufgehalten hatte und von dort von dem Mörder verfolgt worden war.

Gasvergiftung.

* **Oberhausen**, 14. Dez. Infolge Gasvergiftung starben hier zwei Lehrmädchen im Alter von 15 and 16 Jahren. Das Unglück wurde dadurch hervorgerufen, daß beim Legen von elektrischen Leitungen die Gasleitung beschädigt wurde und das Gas vorher nicht abgesperrt worden war.

Bierkrieg.

* **Gelsenkirchen**, 14. Dez. Einer der hiesigen Wirte hatte dieser Tage den lustigen Einfall, das Glas Bier zum Friedenspreise von 10 Pfg. anzubieten. Flugs fing eine Völkerwanderung an, die vom Morgen bis zum Abend dafür sorgte, daß „kein Tropfen im Becher“ blieb. Der Andrang war so groß, daß selbst die Polizei eingreifen mußte. Der Erfolg war, daß auch die übrigen Wirte der Kohlenstadt sich gemüßigt sahen, ihre Ausschankpreise herabzusetzen. So ist gegenwärtig Gelsenkirchen diejenige Stadt im Industriebezirk, in der man einigermaßen friedensgemäß seinen Schoppen trinken kann.

Gestohlene Kirchengewänder.

* **Gelsenkirchen**, 15. Dez. In die katholische Kirche in Gelsenkirchen-Schalke drangen Einbrecher ein und entwendeten 12 Ministrantenröcke und einen schwarzen Küstermantel. Der Versuch, das Tabernakel zu erbrechen, mißlang.

Verzweifelnde Not.

* **Frankfurt**, 14. Dez. Der Frankfurter Polizeibericht meldet, daß ein ehemaliger aktiver Husarenoffizier festgenommen worden sei, der, nachdem er seine letzten Habseligkeiten verkauft und den Erlös für seinen Lebensunterhalt verbraucht hatte, völlig mittel- und obdachlos geworden war. In seiner Verzweiflung stieg er in ein Büro und entwendete eine Schreibmaschine. Uebrigens könne, wie der Polizeibericht betont, in letzter Zeit bei den von der Kriminalpolizei vorgenommenen Festnahmen die Feststellung gemacht werden, daß viele bisher unbescholtene Leute aller Berufsschichten aus bitterster Not sich zu Eigentumsvergehen hinreißen lassen, nur um ihren Hunger stillen zu können.

Todesurteile.

bb **Berlin**, 15. Dez. Die beiden Arbeiter Hans Hanke und Kurt Goldbach, die am Abend des 8. Febr. in der Oranienstraße in Berlin einen Polizeiwachtmeister erschossen hatten, wurden vom Schwurgericht in Moabit zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie wegen unbefugten Waffenbesitzes unter erschwerenden Umständen zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

40 000 Goldmark unterschlagen.

bb **Berlin**, 14. Dez. Der bei einem Bankgeschäft im Zentrum der Stadt als Devisen- und Effekten-Sachverständiger angestellte Fritz Hausdorf aus Schweden ist nach Unterschlagungen, die sich über mehrere Monate erstrecken und die nach den bisherigen Feststellungen mindestens 40 000 Goldmark betragen, flüchtig. Hausdorf befindet sich im Besitz eines Passes für die Schweiz. Seine Angehörigen wohnen in Rotterdam.

Erdbeben in Columbien.

wtb **Bogota**, 16. Dez. (Tel.) Durch das Erdbeben in Columbien wurden viele Personen getötet und eine große Anzahl verletzt. Die Stadt Cumbal an der Grenze Ecuadors ist zerstört worden. Aus den Trümmern sind bereits 85 Tote geborgen. Die von Cumbal ausgehenden Straßen sind durch große Erdrutsche gesperrt. Die volle Ausdehnung des Erdbebens ist noch unbekannt.

wtb **London**, 16. Dez. (Tel.) Reuter meldet aus Bogotat (Columbien): Ein Erdbeben zerstörte die Städte Cumbal und Chile nahe der Grenze Ecuadors. Bisher wurden in der erstgenannten Stadt 85 Leichen geborgen. Die Tragweite des Unglücks steht noch nicht fest, da die telegraphischen Verbindungen unterbrochen sind.

In einer Scheune verbrannt.

wtb Leipzig, 16. Dez. (Tel.) In der vorletzten Nacht hatte sich in einer Feldscheune in der Umgebung von Leipzig, wie schon öfters beobachtet worden war, wieder eine große Anzahl von Personen eingefunden. Gegen 1 Uhr nachts bemerkte man einen Feuerschein. Die Feuerwehr von Gohlis rückte an, konnte aber nichts mehr retten, da die Scheune in hellen Flammen stand. Bei den Aufräumungsarbeiten fand man zwei vollständig verkohlte menschliche Körper vor. Drei junge Burschen, die sich erboten, Bericht zu erstatten, wurden verhaftet. Wie sie angaben, haben in der Nacht von vorgestern etwa 20—25 Personen in der Scheune genächtigt. Gegen 1 Uhr nachts soll eine von diesen Feuer geschlagen haben, was den Brand verursachte. Erst als der Ernst der Lage bekannt wurde, flüchteten die Leute aus der Scheune. Es scheint, daß es nur der Hälfte der Insassen gelang, sich in Sicherheit zu bringen. Ein Bursche mit Namen Aber soll den Brand verursacht haben; die Polizei sucht ihn noch.

Pinkerton.

* **London**, 12. Dez. Im Alter von 77 Jahren starb, wie schon kurz gemeldet, gestern in Newyork der Besitzer des Geheimbüros William Pinkerton, der zweite Sohn des Begründers. Er begann seine Laufbahn im Alter von 15 Jahren als Lehrling im Geheimdienst der amerikanischen Armee im Bürgerkrieg (1861 bis 1865).

Nein, es ist nicht der „berühmte“ Pinkerton — der hieß Allan und ist schon lange tot —, sondern sein ältester Sohn und Erbe, dessen Hinscheiden hier gemeldet wird. Allan, schottischer Abkunft, mit schottischer Zähigkeit und Spürgabe ausgestattet, hat das weltberühmte Detektiv-Institut vor nahezu fünfundsiebzig Jahren zusammen mit zehn Genossen gegründet, und in diesem Institut hat William sozusagen seine Lehrlings- und Gesellenzeit durchgemacht. Allan stellte ihn dem „Nachrichtendienst“ (Intelligence Service, in ehrliches Deutsch übersetzt: den Spionagedienst) der Armee Lincolns zur Verfügung. William ist in späteren Jahren die rechte Hand seines Vaters gewesen, er hat das Institut nach manchen Richtungen hin ausgebaut und erweitert. Der Name „Pinkerton“ ist schon beinahe ein Begriff geworden, etwa wie Baedeker, Gillette, Barnum, Ford u. a. Eine geradezu unübersehbare Literatur ist im Zeichen Pinkertons entstanden. Der jetzt Verstorbene kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, an diesem Ruhm sehr erheblich mitgearbeitet zu haben.

Der Name des ehemaligen Kaiserhauses.

Das preußische Staatsministerium hat unter dem 27. November ds. Js. eine „Verordnung über den Namen der Mitglieder der vormals landesherrlichen Familie“, also, wie sie gemeinhin genannt werden, der Hohenzollern, erlassen. Danach steht den Mitgliedern dieser Familie der Name Prinz von Preußen zu. Bei Eintragungen in öffentliche Bücher und Register, bei Unterschriften von Urkunden sowie für die Anschriften kommt nur dieser Name in Betracht. Bezeichnungen wie Deutscher Kaiser und König von Preußen, Kaiser und König, Kaiserin, Kronprinz (Kronprinzessin) des Deutschen Reiches und v. Preußen oder einfach Kronprinz (Kronprinzessin) dürfen nicht mehr gebraucht werden. Der Vorname hat dem bezeichneten Namen voranzugehen (z. B. Wilhelm Prinz von Preußen, nicht Prinz Wilhelm von Preußen). Die Prädikate Majestät sowie Kaiserliche und Königliche Hoheit sind abgeschafft.

Dazu wird in der K. Ztg. ausgeführt: Auf den ersten Blick könnte es auffallen, daß der Name Hohenzollern nicht gewählt worden ist. Bei näherem Zusehen aber ergibt sich, daß der Name Hohenzollern eigentlich erst mit der Mitte des 19. Jahrhunderts, besonders durch die Stiftungsurkunde des Hohenzollernordens in Uebung gekommen ist. Bis zum Jahre 1685 ist er nachweislich überhaupt nicht geführt worden. In diesem Jahre erwarb der Große Kurfürst den Titel eines Grafen von Hohenzollern käuflich von Kaiser Leopold. In zwei am Ausgang des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts abgeschlossenen Familienverträgen wird „das durchlauchtigste Haus Brandenburg“ in Gegensatz gebracht zum „fürstlichen Hause Hohenzollern“. Dagegen wird weder in der Verpfändungsurkunde der Mark Brandenburg von 1411 noch in der Belehnungsurkunde von 1416 der Name Hohenzollern erwähnt. Der Belehnte, Friedrich, wird vielmehr Burggraf von Nürnberg genannt. Friedrich hat auch, nachdem er in den Besitz der Mark gelangt war, niemals den Namen eines Grafen von Hohenzollern geführt, ebensowenig haben es seine Nachkommen getan. Erst seit 1685 wird der Name Graf von Hohenzollern im sog. großen und mittleren Titel aufgeführt. Rechtsgeschäfte hat aber nicht einmal der Inhaber des Titels jemals unter dem Namen eines Grafen von Hohenzollern abgeschlossen, geschweige denn seine Verwandten, denen der Titel eines Grafen von Hohenzollern überhaupt nicht zustand. Durch Hausobservanz, die sich wenigstens für ein paar hundert Jahre nachweisen läßt, ist die Bezeichnung Prinz von Preußen als Name der Mitglieder des Hauses anerkannt. Unter diesem Namen treten sie auf als Kontrahenten oder Zeugen bei Eheverträgen und Eheschließungen, in Testamenten und Familienverträgen. Prinz ist die seit Jahrhunderten in der Familie geführte Adelsbezeichnung, die aber nach Art. 109 Abs. 3 der Reichsverfassung ein Teil des bürgerlichen Namens ist. Die Bezeichnungen Kaiser und Kronprinz sind schon durch § 22 des Gesetzes über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels vom 23. Juni 1920 beseitigt.

Weihnachten 1923!

Unsere Ausstellung ist in zwei Räumen eröffnet!

Große Marktstraße 3. **Bahnhofstraße 3.**

Reichhaltige Auswahl in Geschenkartikeln jeglicher Art.

Christbaumschmuck **Baumkerzen**



Bücher, Musikalien, Schreibzeuge, Büroartikel, Bilder, Kunstblätter, Radierungen, Gravüren, feinere Lederwaren, Ex-Libris

Herbarien, Sammelrahmen, Brieföffner, Kassetten in großer Auswahl, Petschafte, Schreibtischgarnituren in Marmor, Schwarzglas, Metall und Holz

Größte Auswahl! **in allen Preislagen!**

Komplette Marmorschreibzeuge soeben eingetroffen!

Buchhandlg. Carl Braus, Schwerte-Ruhr